

KoBra Brasilicum

Ausgabe 248 | März 2018

Brasilicum ISSN 2199-7594

Wahlen, Wut, Widerstand!

...und die neue Macht des Agrobusiness

Alles Agro? Die neue Macht
Thomas Fatheuer

Ausgepresst: Orangensaft aus Brasilien
Sandra Dusch

Die Behörden verlängern Landkonflikte
Mario Schenk

Bäuerinnen*rechte gehen alle an
Wolfgang Hees

Kleinfischer*innen wehren sich gegen Eukalyptus
Igor B. Batista, Thomas Bauer, Christian Russau

"Säen, Ernten und Teilen"
Ein Projekt des Aktionskreises Pater Beda
Theresa Rottmann

Das Gespenst des "Neo-Putschismus"
Patricia Rangel

Die Solidarität unter uns
Silvio Caccia Bava

Kampf gegen Kriminalisierung
Uta Grunert

Es muss ja nicht immer über Parteien laufen
Nils Brock

Ein Faschist ist ein Faschist ist ein Faschist
Thomas Fatheuer und Christian Russau

Bis zum letzten Tropfen
Fabian Kern

Politische Kunst - das Erdschollenarchiv
Uta Grunert



KoBra-Kooperation Brasilien e.V.

ist ein **Netzwerk** an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur*innen der sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit.

Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

Konkret heißt das:

Wir bieten ein **kritisches Austauschforum** für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen Organisationen im deutschsprachigen Raum und Brasilien.

Jährlich organisieren wir den **Runden Tisches Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.

Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.

Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.

Die **Website www.kooperation-brasilien.org** informiert über unsere Schwerpunkte, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.

Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

Unterstützen Sie KoBra durch eine Mitgliedschaft oder ein Abonnement der Quartalszeitschrift Brasilicum!



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

Gefördert durch ENGAGEMENT

GLOBAL mit finanzieller

Unterstützung des



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Kann bestellt werden:

Postkarte: Brasil na Agenda

Bewegung für soziale und ökologische Gerechtigkeit



Herausgeberin KoBra - Kooperation Brasilien e.V.

V.i.S.d.P. Fabian Kern

Brasilicum ISSN 2199-7594

Redaktion Igor Birindiba Batista, Svea Franz, Uta Grunert, Jan Erler, Fabian Kern und Peter Zorn.

Übersetzungen Monika Ottermann, Svea Franz.

Druck/Design printed auf Recycling Papier, schwarz auf weiss Litho und Druck GmbH. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork mit GIMP & Scribus, Opensource Software unter GNU Lizenz: Fabian Kern.

Titelbild Foto-Ausstellung „Offenbarungen von Nhanderu“ Bilder der Guarani-Indianer im Süden Brasiliens | **Rückseite:** Postkarte der Kooperation Brasilien.

Bezug/Kontakt KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg

Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: info@kooperation-brasilien.org | www.kooperation-brasilien.org

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

Editorial

Im Januar trafen sich einige aktive Schreiber*innen des Brasilicum bei der Klausurtagung der Kooperation Brasilien. Dort fiel schnell das Wort „Schicksalsjahr 2018“. Nur wenige Tage vor dem Treffen war der ehemalige Präsident Lula da Silva in zweiter Instanz zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Gerade hat der derzeit amtierende Präsident Michel Temer angekündigt, das Militär nach Rio de Janeiro zu schicken, um dort für Ordnung zu sorgen. Der General Vilas Boas fordert angesichts des Einsatzes am Zuckerhut, dass eine Wahrheitskommission, die den Einsatz im Nachhinein untersuchen könnte, von vorn herein ausgeschlossen wird. Von Menschenrechten wollen die Militärs also offensichtlich nicht am Töten oder Foltern gehindert werden.

Angesichts dieser sich immer weiter zuspitzenden Situation fragen sich immer mehr Menschen, ob es Ende 2018 überhaupt zu freien Wahlen kommen wird. Ganz unabhängig davon, ob der derzeit in den Umfragen aussichtsreichste Kandidat, Ex-Präsident Lula da Silva, auf Grund seiner Verurteilung überhaupt kandidieren darf. Während in Brasilien die Lage weiter eskaliert, verringern Institutionen und Nicht-Regierungsorganisation in Deutschland ihr Engagement in Brasilien. Der Fokus liegt nun auf Grund der Flüchtlingsdebatte auf dem Mittleren-Osten und Nordafrika. Um so wichtiger ist es daher, dass wir weiterhin ein waches Auge auf die Entwicklungen in Brasilien haben und uns gegenseitig auf dem Laufenden halten. Trotz oder gerade wegen der Informationsflut und den manigfaltigen Möglichkeiten der modernen Kommunikation sind face-to-face Treffen immer wichtiger, um gemeinsam Strategien zu entwickeln und Analysen zu debattieren.

Dieses Heft ist gleichzeitig auch der Tagungsreader für die Frühjahrstagung der Kooperation Brasilien, die zwischen dem 13. und dem 15. April in Köln stattfindet. Das Heft und die Tagung teilen sich den selben Titel und sind auch inhaltlich aneinander angelehnt.

Zunächst beschäftigen wir uns mit der neuen Macht des Agro-Business in Brasilien. Unsere Autor*innen beleuchten die Arbeitsbedingungen auf den Orangensaftplantagen, analysieren die Rolle der Behörden bei Landkonflikten, debattieren Bauer*innen- Rechte auf internationalem Niveau

und dokumentieren den Widerstand von Fischergemeinden gegen die Eukalyptusindustrie.

Im zweiten Teil des Hefts wenden wir uns den aktuellen politischen Geschehnissen in Brasilien zu. Silvio Caccia Bava von Le Monde Diplomatique Brasil berichtet beispielsweise von der erfolgreichen Crowdfunding Kampagne für die Zeitschrift. Ein weiterer Medienaktivist, der in diesem Heft zu Wort kommt ist Adriano Belisário, der von Nils Brock interviewt wird. Thomas Fatheuer und Christian Russau erklären, warum es legitim und notwendig ist, den in den Umfragen zu Präsidentschaftswahl zweitplatzierten Bolsonaro als das zu bezeichnen, was er ist. Ein Faschist!

Für die Bebilderung dieses Heftes gehen wir dieses Mal neue Wege. Anstatt uns bei den im Internet zahlreich verfügbaren Protestbildern zu bedienen, haben wir die Bilder der Ausstellung „Offenbarungen von Nhanduru“ über die Guarani im Süden Brasiliens zur Illustrierung verwendet. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei Paola Mallmann und Eugênio Barboza, die uns diese Ausstellung zur Verfügung gestellt haben. Eine Beschreibung der Ausstellung findet ihr auf Seite 17 in diesem Heft.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht euch

die Redaktion



Brasilien ist das Land des Agrobusiness, das glauben zumindest 89% der Brasilianer*innen, wenn man einer Umfrage des brasilianischen Agrarverbandes (CNA) Glauben schenken will. Vielleicht ist dies auch ein Reflex auf eine intensive Werbekampagne des Fernsehsenders Globo. *Agro é tech, é pop, é tudo* wird da mit poppiger Musik verkündet: Agro ist Technologie, ist Pop, Agro ist alles.

Alles Agro? – die neue Macht des Agrobusiness

von Thomas Fatheuer*

Die Kampagne stellt zum einen die Modernität des Agrobusiness in den Mittelpunkt, zum anderen den fundamentalen Beitrag des Agrarsektors zur brasilianischen Wirtschaft, für die Beschäftigung und zur Exportbilanz. Sie blendet alle kritischen Punkte aus, trifft aber dennoch etwas Wichtiges.

2017 war der Agrarsektor für 23,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verantwortlich. Dies ist für ein Land mit einem entwickelten Industrie- und Dienstleistungssektor ein extrem hoher Wert. Aber auch für die jüngste Geschichte Brasiliens ist dieser Wert bemerkenswert. Denn bis 2014 sank der Anteil des Agrobusiness am BIP kontinuierlich – eine typische Entwicklung für sich industrialisierende Länder.

2014 betrug der Anteil des Agrobusiness am BIP 16,88%. Der Anstieg ab 2014 ist also keineswegs einfach eine Erfolgsgeschichte. Er reflektiert auch die Krise der brasilianischen Wirtschaft ab 2014. Diese Entwicklung wird auch unter der Überschrift „Reprimarisierung“ der brasilianischen Wirtschaft als Problem und nicht als Erfolgsstory diskutiert. Aber die Zahlen zeigen auch, dass der brasilianische Agrarsektor von der allgemeinen Wirtschaftskrise des Landes kaum betroffen war und er einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dass sich die wirtschaftlichen Kennzahlen nicht noch deutlicher verschlechterten.

Schaut man auf die Exportzahlen, dann wird das Bild noch drastischer. 2017 stiegen die brasilianischen Agrarexporte um 13% gegenüber 2016. Mit einem Volumen von 96 Milliarden US\$ war der Agrarsektor für 44,1% der gesamten brasilianischen Exporte zuständig. Der Löwenanteil von fast

60 Milliarden US\$ entfällt dabei auf drei Sektoren: Soja, Fleisch und Zucker (einschließlich Ethanol). Überraschend ist dabei vielleicht, dass der Export von Hühnerfleisch den Export von Rindfleisch überflügelte. Dies gilt als Begleiterscheinung des Sojabooms – Geflügel wird auch als „Soja mit Flügeln“ bezeichnet. Auf den Plätzen vier und fünf landen Holzprodukte (dies ist in erster Linie Cellulose) und Kaffee.

Die positive Bilanz des Agrobusiness wird noch durch einen weiteren Faktor verstärkt: den enormen Ausfuhren stehen geringe Einfuhren gegenüber. 81,6 Milliarden US\$ ist der beeindruckende Wert des Außenhandelsüberschusses des Agrarsektors, der fast den Rekordwert des Jahres 2013 (82,9 Milliarden) erreichte.

Es sind diese Zahlen, mit denen das brasilianische Agrarbusiness auf nationalen und internationalen Foren hausieren geht. Und tatsächlich belegen sie das ungeheure Gewicht, das der Agrarsektor im brasilianischen Entwicklungsmodell einnimmt. Aber die besondere Pointe ist, dass dieses Gewicht in den letzten Jahren zugenommen hat. Das (angebliche) Erfolgsmodell Agrobusiness tritt immer mehr ins Zentrum der brasilianischen Entwicklungsperspektiven.

Dies ist die reale Basis für die Bedeutung, die das Agrobusiness in der brasilianischen Politik erlangt hat. Präsident Lula hatte bereits in seinem ersten Regierungsjahr 2003 mit der Ernennung seines ersten Landwirtschaftsministers, Roberto Rodrigues, ein klares Zeichen gesetzt: der neue Minister war Sojabauer und ein bewährter Lobbyist. Marina dos Santos, von der Koordination des MST, konnte daher 2009 ohne Umschweife feststellen: „In der Regierung Lula gab es eine klare Option für das Projekt des Agrobusiness“.

Deutlicher Ausdruck der Option für das Agrobusiness ist die ungebrochene Landkonzentration in Brasilien. Nur 0,95 der Landbesitzer*innen kontrollieren 45% des Landes, stellte 2016 ein Bericht von Oxfam Brasilien fest. Allerdings gibt es verlässliche Zahlen nur aufgrund des Agrarsensus von 2006. Oxfam geht aber davon aus, dass sich die Landkonzentration bis 2010 noch weiter verschärft hat. Denn im Zeitraum von 2001 bis 2010 ist die Zahl der großen Betriebe mit über 1.000 Hektar angestiegen, die der kleinen (Minifundios) aber hat sich verringert.

Während sich Siegfried Hofreiter mit 20.000 ha (bis zu

seiner Pleite im Jahre 2016) als größter Bauer Europas bezeichnen konnte, gelten in Brasilien ganz andere Größen als normal. Mit 135.000 ha ist die Fazenda Nova Piratininga im Bundesstaat Goiás die größte Einzelfarm Brasiliens. Typisch ist aber die Akkumulation von Land durch mehrere Fazendas. So besitzt die Unternehmensgruppe des aktuellen Landwirtschaftsministers, Blairo Maggi, allein im Bundesstaat Mato Grosso 200.000 ha auf 19 Fazendas verteilt.

Der größte Sojaproduzent Brasiliens ist aber inzwischen der nicht so berühmte Vetter des Ministers: Erai Maggi Scheffer und seine Gruppe „Bom Futuro“ soll mehr als 300.000 ha mit Soja bewirtschaften (zum Vergleich: in ganz Hessen werden 292.000 ha zur Getreidegewinnung bepflanzt).

Aber die entscheidende Macht des brasilianischen Agrobusiness liegt nicht in seiner puren Größe, sondern in der Perspektive der Expansion. Wieder sind die Zahlen beeindruckend. 33 Millionen Hektar Land sind in Brasilien mit Soja bepflanzt: Damit ist Brasilien weltweit die Nr.1, allerdings ist die Produktion in den USA noch etwas höher. Die Expansion der Sojawirtschaft in Brasilien dürfte dabei einer der dynamischsten Prozesse in der Änderung von Landnutzung weltweit sein. Denn im Jahre 2000 waren es noch 14 Millionen Hektar Land, die in Brasilien mit Soja bepflanzt waren. Und das ist die Besonderheit Brasiliens: Während in den meisten entwickelten Volkswirtschaften die Agrarfläche nicht wächst, erlebt Brasilien einen neuen „land rush“ durch das Agrarbusiness. Dieses sieht sich nicht nur als Garant der ökonomischen Entwicklung Brasiliens, sondern als Vektor für die Zukunft.

Damit steht das Agrobusiness aber auch im Brennpunkt der sozio-ökologischen Konflikte Brasiliens. Denn die Expansion des Agrarbusiness vollzieht sich vorwiegend in zwei Ökosystem (Regenwald und Cerrado) und in zwei Regionen: Amazonien und Matopiba. Aus der Sicht des Agrobusiness werden marginale Territorien mit geringer landwirtschaftlicher Produktivität „entwickelt“ oder gar erst „in Wert gesetzt“. Nun eignet sich hier das Agrobusiness keine leeren Landschaften an, sondern artenreiche



Ökosysteme, in der in der Regel auch Menschen wohnen, die in einer produktivistischen Sicht der Welt kaum wahrgenommen werden: Kleinbäuer*innen und die Vielzahl verschiedenster Gruppen, die als „traditionelle Völker“ bezeichnet und wahrgenommen werden. Das Problem für das Agrobusiness ist nun, dass auch in der brasilianischen Gesellschaft nicht alle die Ausweitung riesiger Monokulturen mit enormem Einsatz von Pestiziden und durch Gensaat dominiert als Fortschritt ansehen. Artenreiche Ökosysteme haben inzwischen auch eine (nationale und internationale) Lobby. Und wichtiger noch: traditionelle Völker haben Rechte.

Vor diesem Hintergrund baut das Agrobusiness ein neues Narrativ auf: In keinem Land der Welt stehe so viel Land für die Ausweitung einer modernen hochproduktiven landwirtschaftlichen Produktion zur Verfügung wie in Brasilien. Angesicht einer wachsenden Weltbevölkerung sowie steigendem Fleischkonsum wolle das brasilianische Agrobusiness seinen Beitrag zur Ernährung der Welt leisten. Aber nicht nur das, auch der Klimawandel will bekämpft werden. Und auch da bietet sich das Agrobusiness an. Es produziert schließlich auch die Stoffe, die für den proklamierten Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter zentral sind: Treibstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen und Bioplastik. Zucker und Soja sind auch Basis für Ethanol (als Benzinersatz) und Biodiesel. Aus der Landwirtschaft wird eine komplexe Bioökonomie. Agro tudo – das soll auch heißen: „we feed and cool the world“.

Die Macht des Agrobusiness in Brasilien ist nicht neu – aber

sie beruht nun auf einer enormen ökonomischen Basis und einer Modernisierung, die die Erträge pro Hektar im Sojaanbau in Brasilien denen der USA angeglichen hat. Dieses ökonomische Fundament verbindet sich nun mit neuen Narrativen, die das Agrobusiness als den großen Verbündeten für die zentralen Aufgaben der Menschheit anpreisen will - und gleichzeitig ist der totalitäre Anspruch des Agrobusiness („agro é tudo“) eine Kriegserklärung an alle, die etwas anders wollen. Nicht zuletzt ist es die geballte ökonomische Macht des brasilianischen Agrobusiness‘, die diesen gleichsam totalitären Anspruch seiner selbst durchsetzen möchte: eine der mächtigsten, parteienübergreifenden Fraktionen im Brasilianischen Nationalkongress sind die sogenannten „ruralistas“, also Vertreter des Agrobusiness, die mit einer aggressiven Agenda die Agrarfront weiter zu ihren Gunsten verschieben wollen. Demarkationen traditioneller Territorien sollen nicht nur verhindert, sondern sogar rückgängig gemacht werden. Für viele der Kleinbäuerinnen und -bauern, der indigenen und traditionellen Völkern bedeutet dieses aggressive Agieren der „ruralistas“ im Kongress die Fortsetzung der Politik der Pistoleiros – mit anderen Mitteln, aber leider noch ungemein durchsetzungsstärker. ■

* Thomas Fatheuer ist KoBra-Vorstand. Von 2003 bis 2010 leitete er das Büro der Heinrich Böll Stiftung in Rio de Janeiro. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Green Economy und dem brasilianischen Entwicklungsmodell.



Ausgepresst: Orangensaft aus Brasilien

von Sandra Dusch*

Ein Schwung Wasser schwappt uns aus der Hütte entgegen. Es geht hektisch zu. Die Leute sind aufgeregt. Zwei Frauen schrubben die Böden. Ein Mann liegt apathisch auf seinem Bett. Es hängen nasse Kleider zum Trocknen zwischen den doppelstöckigen Stahlbetten. Die Luft ist stickig. Zusammen mit den Arbeitsinspektoren sind wir in einer Sammelunterkunft angekommen. Eine von vielen in Brasilien. Hier in einem kleinen Dorf am Rande von Avaré reihen sich die Häuser für Wanderarbeiter*innen aneinander. Die Zahl der Einwohner*innen verdoppelt sich während der Erntezeit.

Die Infrastruktur im Dorf ist dem Ansturm nicht gewachsen. Mit großen Erwartungen sind die Erntehelfer*innen, Frauen und Männer aus dem

Nordosten, hier gelandet. Nun schlafen sie in verschachtelten Häusern, in engen stickigen Räumen ohne Fenster. In einem kleinen Zimmer mit knapp 10 Quadratmetern stapeln sich Matratzen, Betten und Hängematten übereinander. Es fehlen sanitäre Anlagen. Für rund 40 Arbeiter*innen gibt es eine Dusche und eine Toilette. Auch eine alte Bar mit offener Decke und löchrigen Wänden wurde zur Schlafstätte. „Es gibt noch mehr Barracken“, flüstert mir ein Arbeiter zu, doch die Inspektoren haben genug gesehen. Mit diesen Beweisen können sie Anklage erheben. „Es ist wie vor 8 Jahren beim Zuckerrohr“, resümiert der sichtlich geschockte Arbeitsinspektor.

Der Lider, der ortsansässige Arbeitsvermittler, steht im Zentrum der Razzia: Mitte 20, Jeans, Poloshirt und Cowboystiefel. Mit seinem Bus aus den 70er Jahren holt er zu Beginn der Erntesaison die Arbeiter*innen aus dem Nordosten Brasiliens. Drei Tage und drei Nächte dauerte die 3000 Kilometer lange Fahrt. Der Bus steht auf der Plantage: Ohne Zulassung, die Ausstiegstür ist mit Draht befestigt, die kaputten Fenster wurden notdürftig mit Pappe gefüllt. Trotz all der Verstöße gegen brasilianische Gesetze wirkt der junge „lider“ (deutsch Führer) gelassen: „Ich mache nichts Schlimmes, sondern ich helfe den Arbeitern“. Er zeigt auf einen der umstehenden Männer: „Dir hab‘ ich doch sogar Geld für deine Kinder geliehen“. „Ja“, antwortet dieser, den Blick gesenkt. Vor Wochen hat er seine Frau mit den drei kleinen Kindern (6 Monate, 1,5 und 3 Jahre) im Nordosten zurück gelassen, um hier Geld zu verdienen. Er vertraute auf die Versprechungen für eine bessere Zukunft und ist nun in einem Kreislauf moderner Sklaverei gefangen. Wie hoch der Zinssatz für den Kredit ist, weiß er nicht genau. Die Schulden

steigen jedoch täglich: Für den Transport aus dem Nordosten, für die Barackenunterkunft und für die Lebensmittel. Da er bisher keinen Lohn erhalten hat, kann er sich nur in dem kleinen Laden versorgen und lässt täglich anschreiben. Der Arbeitsinspektor geht die Schuldnerliste durch: Ein kleines Buch, wie damals im Matheunterricht mit Zahlen, die Schicksale und Abhängigkeiten zementieren. Der Lider schlägt 50 Prozent zum Einkaufspreis drauf – mindestens. Ein Ei kostet in dem kleinen Laden sogar einen Real, ungefähr 25 Euro-Cent und ist somit viermal teurer als im Supermarkt. Das Buch nimmt der Inspektor mit: „Hier wird niemand mehr diesen Wucher bezahlen!“

„Wir wollen alle weg“

Auf der Orangen-Plantage sprechen wir mit kräftigen Männern, die meisten nicht älter als 25 Jahre sind. Sie haben bisher auch noch keinen Lohn gesehen und arbeiten seit Erntebeginn. Sie wissen nicht einmal genau, wieviel sie für eine gepflückte Kiste Orangen erhalten werden - vermutlich nur 80 Cent und somit 50% weniger pro Kiste als ursprünglich vom Lider versprochen wurde. „Wir wollen alle weg, aber dann müssen wir 300 Reals für die Reise zahlen und das Geld haben wir nicht“, klagt ein junger Mann dem Inspektor. Die Ernte auf der Plantage ist körperlich sehr anstrengend: Für knapp 10 Euro Tageslohn müssen die Arbeiter*innen ungefähr 1,5 Tonnen Orangen ernten. Der Sonne sind sie ungeschützt ausgesetzt, wenn sie die wackligen Holzleitern mit bis zu 30 kg Säcken hoch und runter steigen. Den Pestiziden und den giftigen Schlangen ebenso, denn meist fehlt die Schutzkleidung.

Begleitet wird die Razzia von der Polizei. Dies ist verpflichtend seit 2004, als bei ähnlichen Kontrollen im Nachbarstaat Minas Gerais drei Inspektoren und ihr Fahrer durch Kopfschüsse getötet wurden. Der Inspektor erläutert, dass die Arbeit trotzdem gefährlich ist. Insbesondere die Lider tragen oft Waffen und spielen in den kleinen Gemeinden eine wichtige Rolle. Sie sind nicht nur mit dem lokalen Einzelhandel gut vernetzt, sondern oft auch mit kriminellen Vereinigungen. Die Arbeit der Inspektoren ist ein Kampf gegen Windmühlen, denn die Auftraggeber sind mächtig, die meisten Strafzahlungen nur peanuts. Eine großangelegte Untersuchung der drei Saftunternehmen wegen Preisabsprachen und Kartellbildung, Operation Fanta genannt, zog sich über Jahre. Die Verstrickungen zwischen der Saftindustrie und der Politik blockierten die Arbeit der Behörde. Gab es zwischen 1970 und 1990 noch 15 bis 20 kleinere Firmen, die Orangen weiterverarbeiteten, teilen sich heute drei internationale Multis den Markt unter sich auf:

Citrosuco, Cutrale und Luis Dreyfus Commodities. Diese stehen einer Vielzahl von kleinen und mittelgroßen Orangenproduzent*innen gegenüber. Die drei Saftgiganten verkaufen über 50% des weltweiten produzierten Orangensaftkonzentrats an große Saftabfüll- und Verpackungsunternehmen, wie Eckes-Granini, Refresco, Riha-Wesergold oder Coca-Cola. Diese zugespitzte Konsolidierung des Marktes gibt den drei Firmen eine enorme Marktmacht im Preishandel mit Orangenproduzent*innen und ermöglicht es ihnen, regelmäßig den Einkaufspreis für Orangen unter die Produktionskosten zu drücken. Der Durchschnittspreis, den ein Produzent für eine Orangenkiste (40,8 kg) erhält, beträgt 3,40 Euro. Aufgrund dieser geringen Preise des Saftkartells ist der Druck auf die Produzent*innen und die Plantagenarbeiter*innen enorm gestiegen.

Anzeigen von Arbeitsrechtsverletzungen gehen beim Arbeitsministerium fast täglich ein. Ein Traktorfahrer berichtet, dass er sein Bein verloren hat, nachdem er bei der Arbeit jahrelang Pestizid-Duschen abbekommen habe. Eine geschlossene Fahrerkabine fehlte. Seine Bitte, ihm eine andere Arbeitsstelle zuzuweisen, da er die Pestizide gesundheitlich nicht mehr ertragen könne, wurde wiederholt abgelehnt. Ein Fabrikarbeiter zeigt uns Röntgenaufnahmen zu einem Arbeitsunfall, der von der Fabrikleitung nicht anerkannt wird. Viele Arbeiter*innen berichten, dass zum Einstellungsbeginn detaillierte Gesundheitskontrollen stattfanden, bei der Arbeit auf dem Feld und in der Fabrik dann lediglich Schmerztabletten verteilt wurden. Wenn die Tabletten nicht mehr wirkten, die Arbeit nicht mehr leistbar war aufgrund von Schmerzen, dann kam es zur Entlassung. Da häufig Sozialversicherungsbeiträge nicht weitergereicht wurden, bedeutet dies für die Betroffenen, dass sie auf das kostenlose öffentliche Gesundheitssystem angewiesen sind. Für viele Arbeiter*innen und ihre Familien ein schwerer Schicksalsschlag. Es herrscht eine dezidierte Antigewerkschaftshaltung sowohl auf den Plantagen als auch in den Fabriken. Arbeiter*innen, die mit Gewerkschaften in Kontakt stehen, laufen Gefahr ihren Job zu verlieren.

Im Juli 2015 wurde, unterstützt durch das SUPPLY CHA!NGE Projekt, in Atibai, Brasilien, das Orangensaft-Netzwerk als Vernetzungsplattform aller Arbeiter*innen in der Saft-Wertschöpfungskette gegründet, mit ver.di, FERAESP, CUT und CONTAC. Das Netzwerk wird auch von NGOs wie TIEexchange und der CIR unterstützt. Bei seinem ersten Treffen definierte das Netzwerk folgende Hauptproblemfelder in der Orangensaft-Wertschöpfungskette: (1) Unsichere Arbeitsbedingungen, (2) Bezahlung, (3) Arbeitszeiten, (4) Diskriminierung, (5) Gesundheit und Sicherheit am



Arbeitsplatz. Abel Barreto kommentiert beim Gründungstreffen des Internationalen Saft-Netzwerks in Atibaia die Situation folgendermaßen: „Die Saftindustrie macht laufend Profit, während die Menschen in der Armut bleiben. Wir werden daher nicht aufhören zu kämpfen. Unsere Gewerkschaftsstrukturen haben sich überholt, das Kapital ist längst international. Gewerkschaften, die nicht über ihren Tellerrand blicken, bringen nichts. Wir brauchen internationale Solidarität und müssen Grenzen überwinden.“ Im Bereich Orangensaft ist dies besonders wichtig, da das gefrorene Saftkonzentrat ausschließlich für den Export bestimmt ist. Der nationale Markt hat für die Unternehmen keine Bedeutung. Cutrale steht seit Oktober 2017 auf der schmutzigen Liste wegen Sklavenarbeit, aber da sie keinen Markt in Brasilien haben, hat dies kaum Konsequenzen. In Brasilien gibt es einen Pakt, keinerlei Produkte von Firmen zu kaufen, die auf der schmutzigen Liste stehen. Außerdem sollen diesen Unternehmen keine Kredite gegeben werden. Ein Boykott von Cutrale-Produkten hier in Europa wäre ein analoges Handeln. Der brasilianische Staatsanwalt für Arbeitsrecht Prof. Rafael Gomes, unterstrich bei einer Konferenz in Berlin im Dezember 2017, dass sich die rechtliche Situation in Brasilien für die Arbeiter*innen verschlechtert habe. So wurde beispielsweise das Outsourcing an Subunternehmen legalisiert. Auch für die Gewerkschaften stellt sich die Situation schwierig dar: Weniger freie Tage, Lohndumping und kaum noch Sicherheits- oder Gesundheitsaudits zählen für sie zu den zentralen Problemen. „Es

hängt viel von den drei großen Unternehmen ab. Das Justizwesen schiebt hier keinen Riegel vor. Es fehlen Kontrollen und Restriktionen. Zudem wird aktuell alles Bestehende rückgängig gemacht.“ „Die politischen Rahmenbedingungen haben sich durch die aktuelle Situation in Brasilien verschärft“, pflichtet Marcel Gomes (Repórter Brasil) ihm bei. „Die Regierung ist politisch schwach. Die Unterstützung in der Bevölkerung liegt bei nur vier Prozent. Wir haben eine ökonomische Elite, die an der Macht ist. Daher gilt: Wenn man ökonomischen Druck ausübt, dann könnte das etwas bringen.“

Verkauft werden die Orangensäfte aus Konzentrat meist in Europa. Deutschland ist Fruchtsaftweltmeister. Und bei den Eigenmarken von Edeka, Rewe, Lidl und Aldi sind meist nicht nur die Früchte von den brasilianischen Plantagen ausgepresst, sondern auch die Arbeiterinnen und Arbeiter. ■

* Sandra Dusch Silva arbeitet seit 2003 bei der Christliche Initiative Romero (CIR). Sie beschäftigt sich seit Jahren mit den Arbeitsbedingungen in der Wertschöpfungskette von Orangensaft und hat u.a. die Studien „Im Visier Orangensaft“ (2013) sowie „Ausgepresst“ (2015) geschrieben:

Download: http://www.ci-romero.de/presse_o-saft_studie/

Es war Anfang 2012 als Pedro Souza¹, landloser Kleinbauer aus der Gegend Gleba Tauá im Nordosten des Bundesstaates Tocantins, zu Protokoll² gab: „Die Männer mit den Waffen hatten gedroht, sie seien da, um alle davon zu jagen. Wenn man nicht geht, würden sie einen umbringen“.

Die anstehende Ernte könne er noch abwarten, hatte es geheißten. Danach sollten er und seine Familie verschwunden sein. Die Männer mit den Revolvern bedrohen auch Pedros Nachbarn.

Wie Behörden dazu beitragen, dass Landkonflikte Jahre dauern. Der Fall der Gleba Tauá.

von Mario Schenk*

Tage später wurden in der Gegend mehrere Hütten von Unbekannten abgebrannt. Die Anpflanzungen zum Teil vernichtet. Keiner hat Zweifel, dass im Hintergrund der Investor und Sojaproduzent Binotto steht, der 2005 in die Gleba Tauá gekommen war.

Nach ersten Rodungen baute er großflächig Soja an und erweiterte sukzessive die Anbauflächen – auf staatlichem Land. Dabei setzte er auf eine Mischung von Geldzahlungen und Drohungen sowie direkte Gewalt. Um die Kleinbäuer*innen mit Landtiteln zum Verkauf ihrer Landflächen zu bringen, setzte er auf die erste Variante; die landlosen Bäuer*innen, die *posseiros*, hingegen versuchte er mit Gewalt von ihrem Besitz zu vertreiben.

Konflikte dieser Art bestimmen vielerorts den Alltag von Landlosen und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mit Land. Ihre genaue Zahl lässt sich nicht beziffern. Die breite Öffentlichkeit erreichen die meisten Fälle ausschließlich, wenn sich schwerere Verbrechen ereignen und es den Betroffenen gelingt, sich zu organisieren. Im Jahr 2016 gab es 61 Morde und 74 Mordversuche an Kleinbäuer*innen und Aktivist*innen, berichtet die Comissão Pastoral da Terra (CPT)³. Die Konflikte erscheinen immer nur als Momentaufnahmen. Doch es handelt sich in der Regel um jahrelange Auseinandersetzungen. Und staatliche Akteure sind dabei nicht unbeteiligt. Sie sind im Gegenteil sogar maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich Landkonflikte wie der in der Gleba Tauá über viele Jahre hinziehen. Seit Beginn des Konfliktes bis zum heutigen Tag waren insgesamt 22 staatliche Akteure in den Fall involviert. Dabei hat manche Behörde eher zum Vorteil der Kleinbäuer*innen, manche eher zum Vorteil des Investors gehandelt.

Das Vorwort zum Konflikt schrieb eine öffentliche Entwicklungsbank für den Amazonasraum, als sie im Zeitraum 2005/2006 auf zukünftige Gewinne des Investors

setzte und dem angeschlagenen Transportunternehmen aus Santa Catarina einen Kredit für den Bau von Getreidesilos gewährte.

Eine weitere Grundlage für den Landraub schuf die Landreformbehörde Incra. Entgegen ihrem primären Ziel,

Land an landlose Kleinbauernfamilien zu verteilen, ebnete sie den Weg für eine zeitweilige Legalisierung von Rodungen und der unrechtmäßigen Besitznahme von Land durch den Investor. Im Jahr 2006

erteilte eine Angestellte des Incra-Regionalbüros in Araguaína die Genehmigung zur wirtschaftlichen Nutzung der von Binotto gekauften Parzelle. Es gebe "keine Einwände gegen die Durchführung von technischen Projekten zur Rodung der Immobilie", heißt es in dem Dokument. Dabei verfügt Incra über keine Zuständigkeit zur Erteilung von derartigen Genehmigungen.

Es dauerte knapp ein Jahr bis Incra die Genehmigung auf Druck der Staatsanwaltschaft (MPF), an die sich die betroffenen Kleinbäuer*innen vor Ort gewandt hatten, zurückzog. Doch von der ursprünglichen Vegetation war nichts mehr übrig. Dies war im Sinne einer späteren Übertragung der Landtitel, auf die es der Investor abgesehen hatte. Das Gesetz sieht als Voraussetzung von Übertragung von Land vor, dass es einer „sozialen Funktion“ dienen muss. Diese wiederum leitet sich aus der Nutzung ab, wofür zumindest 2007 die Rodung als notwendige Vorbereitung zur Nutzung diene.

Und tatsächlich, im Januar 2011 erhält Binotto die Landtitel für rund 20.000 ha, die er auf 15 Strohänner und -frauen aufgeteilt hatte. Den obligatorischen Vor-Ort-Besuch zur Überprüfung der Angaben sparte sich die Behörde aus unerklärlichen Gründen, wie sie sich später vor der Staatsanwaltschaft (MPF) rechtfertigte. Der neue Eigentümer nutzte die Gunst der Stunde, um auf Grundlage der Papiere die verbliebenen Kleinbäuer*innen als Besetzer*innen anzuzeigen und ein Verfahren vor Gericht anzustrengen. Die Rollen waren vertauscht.

Abermals auf Druck vom MPF und dem Bundesanwalt (AGU) sah sich die Landbehörde zu Ermittlungen verpflichtet. Zum ersten Mal seit 2006 fand das Wort „grilagem“, Landraub, in die Akten. Ende 2011 wurde die Übertragung der Landflächen zurückgenommen.

Das bedeutete keineswegs das Ende des Konfliktes. Zwar

war nun ausgeschlossen, dass Binotto das Land sein Eigentum nannte. Es hinderte ihn aber niemand daran, weiterhin Soja anzubauen – halt ohne Titel. Von nun an greift er zu härteren Mitteln, um die Kleinbäuer*innen zu vertreiben. Die *Pistoleiros* tauchen bei Pedro Souza auf und die Hütten brennen. Die Polizeiermittlungen gegen die Männer mit den Revolvern kommen zu keinem Ergebnis.

Noch eine weitere Gefahr bedroht die Kleinbäuer*innen. Und die kommt von Seiten der Justiz. Vor dem Bezirksgericht in Goiatins läuft das Verfahren gegen sie. Der Verwurf lautet Invasion und Rodung auf dem Besitz von Binotto. Der staatliche Pflichtverteidiger (*Defensoria Pública*) fordert, der Richter solle sich vor Ort selbst ein Bild von der Lage machen. Er werde feststellen, dass die meisten der Kleinbäuer*innen bereits vor Eintreffen des Investors dort gelebt hätten. Dennoch ordnet der für Ende 2015 die Zwangsräumung an.

Am Tag der Räumung taucht die Polizei mit einem Großaufgebot auf. Die Einsatzkräfte werden angeleitet durch den hochrangigen *Oficial Agrário*. Die Polizeiführung von Tocantins hatte die Stelle eines auf Agrarfragen und Landkonflikte spezialisierten Polizisten eingerichtet, der vor allem vermitteln soll. Nun verfolgt der *Oficial Agrário* die Räumung der Gleba Tauá, bricht diese aber nach kurzer Zeit wegen eines Verfahrensfehlers wieder ab. Die Unregelmäßigkeit hätte er auch übersehen können. Der Richter tobt am Telefon.

Sein Nachfolger wird 2017 sagen, dass "diese Konflikte politischer Natur sind. Es sollte eigentlich nicht die Aufgabe der Polizei sein, die Großgrundbesitzer zu unterstützen. Der massenhafte Anbau von Soja ist die Ursache für all die Konflikte hier."

Ein Disziplinarverfahren wegen unangemessener Behandlung des Falles, schlechte Presse und die Studie des Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária (INCRA) über die Kleinbäuer*innen, die nach Jahren beim Bezirksrichter ankommt, führen 2017 auch beim ihm zum Umdenken. Die Verhandlung im August des vergangenen Jahres sucht eine Schlichtung zwischen den Konfliktparteien. Der Richter beauftragt einen Agraringenieur, die ursprünglichen Besitztümer (*posses*) zu ermitteln. Nun sollen auch alte Feuerstellen und Anpflanzungen von Maniok als Beleg ermittelt werden, um zu klären, wer zuerst da war. Im Sinne der Kleinbäuer*innen ein riesiger Fortschritt. Doch die Sache hat mehrere Haken. Manche Spuren sind nach Jahren Sojaanbau mittlerweile unweigerlich verwischt. Ferner grenzt der Richter das Ergebnis der Auftragsstudie ein. Im Urteil ist von *terra efetivamente trabalhada* die Rede.

Der Ingenieur soll jene Flächen ermitteln, die tatsächlich bewirtschaftet worden sind. Für die Kleinbäuer*innen bedeutet dies, einige ihrer Flächen zu verlieren. Denn die meisten von ihnen bewirtschaften ihr Land im Rotationssystem, lassen Flächen über längere Zeit ruhen, damit diese sich erholen.

Währenddessen baut Binotto weiterhin Soja an und lässt die Rinder in den noch ursprünglichen Cerrado-Wald hinein. Auch nach zehn Jahren ist der Konflikt in der Gleba Tauá nicht zu Ende. Wie der Konflikt zeigt, sind Konflikte in der Regel keine momentanen Auseinandersetzungen, sondern können sich über Jahre hinziehen. Dies hat vielfältige Auswirkungen auf den Konflikt und die beteiligten Parteien. Im Konflikt der Gleba Tauá entwickelten sich die Verhältnisse zu Ungunsten der Kleinbäuer*innen. In den zehn Jahren lebten sie in der steten Ungewissheit, entweder durch den Richter oder durch die Gewalt des Investors vertrieben zu werden. Währenddessen gelang es diesem, sich etwa 60 Prozent der Gesamtfläche anzueignen. Unentgeltlich. Auch ohne die Landtitel produziert er und macht mit staatlichem Land Millionengewinne. ■

* Mario Schenk ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der BMBF-geförderten Nachwuchsforschungsgruppe „Globale Krisen – lokale Konflikte?“ an der Freien Universität Berlin. Er beschäftigt sich mit der Rolle des Staates in Konflikten um Land.

1 Namen geändert.

2 Die Angaben zum Fall beruhen auf Forschungen des Autors.

3 Comissão Pastoral da Terra (CPT), „Violência: os records de 2016“ <https://www.kooperation-brasilien.org/l/00172>

Im großen Konferenzsaal der Vereinten Nationen in Genf wurde bei der 3. Lesung der „Internationalen Deklaration der Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die im ländlichen Raum arbeiten“ wieder auf hohem diplomatischem Niveau diskutiert, ob für Kleinbäuer*innen nicht ein Zugang zu Land genüge oder ob es wirklich ein Recht auf Land geben muss, warum Ernährungssicherheit nicht genüge und es Ernährungssouveränität sein müsse?

Dass sich hinter diesen Begriffen nicht nur Definitionen, sondern konträre Konzepte, Weltanschauungen und Strategien verbergen, wird einem sehr schnell deutlich, wenn man die Protagonist*innen beider Seiten sieht. Da ist auf der einen Seite der weltweite Kleinbauernverband Via Campesina, der die Deklaration eingebracht hat und für 164 Kleinbauernorganisationen aus 74 Ländern mit einer Basis von 1,2 Mrd. Bäuerinnen und Bauern weltweit steht, und auf der anderen Seite das Agrobusiness der industriellen Landwirtschaft. Während die einen durch volksnahe linke und sozialistische Regierungen von Bolivien bis Portugal – bis vor Kurzem auch von Brasilien – und dem globalen Süden unterstützt werden, stehen auf der anderen Seite liberal-konservative Kräfte, angeführt von den USA und angefolgt von England. Dazwischen stehen mit ihren



eigenen Text den Anstoß zur Deklaration gegeben. Langsam mahlen seitdem die Mühlen der UNO, der Widerstand gegen „noch mehr“ Rechte war groß, doch 2012 gab es eine Mehrheit für die Einrichtung einer internationalen „working group“ zu Bauernrechten, die die Aufgabe bekam, den Entwurfstext zu verhandeln und das Ergebnis dem Menschenrechtsrat zur Abstimmung vorzulegen. War das Einsetzen der working group mit 23 Ja-Stimmen (Deutschland: nein) noch sehr knapp erfolgt, so zeigte sich bei der Verlängerung ihres Mandates im September 2017 eine wachsende Zustimmung von 34-Ja-Stimmen (Deutschland: Enthaltung). Im April 2018 wird in der 5. Sitzung der 3. Entwurf vorgestellt.

Bäuer*innenrechte gehen alle an:

Wie wollen wir uns ernähren? Welche Landwirtschaft brauchen wir dafür?

von Wolfgang Hees*

Enthaltungen die Mehrzahl der EU-Staaten – unter ihnen auch Deutschland – obwohl Europa doch so gerne mit einer Stimme aufgetreten wäre....

Der Hintergrund der Deklaration ist die perverse Situation, dass diejenigen die heute zu 80% die Welt ernähren – Bäuer*innen, Fischer*innen, Hirt*innen, Landarbeiter*innen – selber zur Gruppe deren zählen, die am meisten hungern: laut Vereinten Nationen leben 80% der Hungernden auf dem Land. 50% davon sind Kleinbäuer*innen, 20% sind Landlose und 10% Fischer*innen, Hirt*innen und Jäger*innen. Hunger ist zudem nicht nur ländlich, sondern auch weiblich: fast 70% der Hungernden sind Frauen und Mädchen.

Via campesina hatte deshalb im Jahr 2002 durch einen

Vergleicht man die Originalversion von Via Campesina mit dem 3. Entwurf, so muss man eingestehen, dass wir schon viel Federn lassen mussten und manche Begrifflichkeiten noch hart umkämpft sind. Der lebendige Ursprungstext las sich noch wie das Manifest der Landwirtschaft, die wir wollen: ökologisch, nachhaltig, sozial, fair,

gleichberechtigt, umverteilend, biodivers, kollektiv, mit einer Basis in traditionellem Wissen und seiner Weiterentwicklung, vielfältigem Saatgut, lebendigen Böden, solidarischen Gemeinschaften und fairen Aushandlungsprozessen. Nicht nur die Spritzigkeit des Textes hat in seiner Umformulierung in das gesetzte UN-Sprech verloren, sondern auch seine klare Ausrichtung auf kleinbäuerliche Gemeinschaften als Lebensform und Lebenshaltung wird versucht zu verwässern.

Die beiden bisherigen Vorsitzenden der UN-Arbeitsgruppe – zwei engagierte Bolivianerinnen aus dem Vertrauenskreis um Evo Morales – haben den Text standhaft verteidigt. Die nächste Lesung wird zeigen, wieviel diplomatisches Geschick

sie dabei hatten. Denn natürlich ist auch dies ein Aushandlungsprozess. Wir wollen eine möglichst hohe Zustimmung zur Deklaration erreichen, denn uns ist bewusst, dass eine schwache Deklaration, die gerade eben noch ihre Mehrheit erhält und die keine prominenten Befürworter*innen und Förderer bzw. Förderin hat, letztlich nutzlos ist. Deshalb müssen wir erreichen, dass unser Auswärtiges Amt als Verhandlungsführer in Deutschland (zusammen mit den beteiligten Ministerien Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Umwelt) und in der EU für die Deklaration stimmt. Dann werden andere folgen, die nur darauf warten, dass Deutschland als Meinungsführer eine Position einnimmt – so ausgesprochen von verschiedenen Verhandlungsführer*innen aus ost- und südeuropäischen Ländern.

Und wenn dann die EU einheitlich dafür stimmt, dann wird die Deklaration mächtig. Und aus solchen Deklarationen können Konventionen werden. Während Deklarationen ein wichtiger Ausdruck von gutem Willen sind, so sind Konventionen völkerrechtlich bindend und können eingeklagt werden. Das ist das Ziel, doch bis dahin kann es noch Jahre dauern, Schritt für Schritt.

Seit 2013 bin ich als Delegierter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL, der deutschen Vertretung in Via Campesina, nun in dem Prozess dabei – in Genf, Berlin, Rio,... diskutieren, informieren, Lobbyarbeit, skype, schreiben, Vorträge halten, usw. Auch bei der Tagung des Runden Tisches Brasilien konnten wir auf dem Markt der Möglichkeiten eine kleine Veranstaltung zur Situation der Bauern in Brasilien, zur Selbstorganisation, zu den Fortschritten unter der PT-Regierung zu den Bauernrechten anbieten. Unser Kollege Prof. Antonio Andrioli berichtete von den Erfolgen der Universidade Federal da Fronteira Sul in Santa Catarina, eine ländliche Universität deren Vizepräsident er ist, und an der Bauernkinder die Möglichkeit haben, zu studieren. Eine Universität, die bäuerliches Wissen vertieft, die Biodiversität des vielfältigen bäuerlichen Saatgutes erhält und fördert, bäuerliche Kooperativen berät, den ökologischen Landbau vorantreibt, Gendergerechtigkeit fördert und bei allem den Natur- und Landschaftsschutz im Auge behält.

Und während wir Anfang Dezember in einer Telefonkonferenz über die Strategien für unser nächstes Treffen zu Kleinbauernrechten mit den Auswärtigen Amt brüteten, erhalten wir Nachricht von Prof. Andrioli: eine Agrarreformsiedlung und ein Bauerndorf, aus denen auch einige seiner Studierenden kommen, wurden dem Erdboden gleich gemacht. Die Familien lebten dort seit 20 Jahren,

hatten sich feste Häuser gebaut, eine kleine Kapelle, ihre Produktion lief gut, sie versorgten die lokalen Märkte mit gesunden regionalen Nahrungsmitteln und hatten es zu einem bescheidenen Wohlstand gebracht. Überraschend kamen die Bagger, mit großem, schwer bewaffnetem und auch berittenem „Polizeischutz“. Sie rissen ein Haus nach dem anderen sowie die selbst gebauten Kapelle einfach ab. Anschließend wurden die erntereifen Pflanzungen der Bauern und Bäuerinnen mit Round-up (Glyphosat) tot gespritzt: Gemüse, Getreide, Obstbäume. Die Familien flüchteten an den Straßenrand der nächsten Bundesstraße, denn der gehört dem Staat, da werden sie nicht vertrieben. Einige kamen in der Turnhalle des Nachbardorfes unter. Sie haben alles verloren, was sie sich mühsam aufgebaut hatten. Nun soll dort nach dem Willen des angeblichen Besitzers Soja gepflanzt werden. Großtechnisch (ein Treckerfahrer reicht für die Fläche auf und von der vorher 60 Familien lebten), gentechnisch verändert, mit hohen Dosen an Spritzmitteln von sogenannten Totalherbiziden, die alles töten was nicht gentechnisch resistent gemacht wurde. Nicht für den lokalen Markt, sondern für den Export. Zur Mast von Hühnern, Schweinen und Rindern u.a. in Deutschland, bis bei uns das Trinkwasser mit multiresistente Keimen und Nitrat endgültig verseucht ist.

Wieder wurden Kleinbauernrechte mit Füßen getreten, Existenzen vernichtet.

Lohnt es sich wirklich, langjährig für diese internationalen Rechte zu kämpfen? Wäre für die betroffenen Familien jetzt nicht etwas ganz anderes wichtig? Darüber kann man streiten und zweifeln.

Ein solcher rechtebasierter Ansatz, der international einklagbar ist, kann Wirkungsmacht entfalten. Gerade erleben wir in der Bundesrepublik, welchen Innovationsschub die internationale Konvention zur Inklusion von Menschen mit Behinderung hat. Da muss sich Deutschland als Unterzeichner der Konvention bewegen: integrativer Unterricht wird deutlich verstärkt, Inklusionsbetriebe haben neue Förderprogramme – und die Defizite von noch nicht funktionierender Teilhabe werden erfolgreich eingeklagt.

Doch natürlich gibt es Staaten, die auch internationale Rechte beugen und missachten. Brasilien unter Temer gehört dazu. Doch auch der PT-Regierung gelang es zuvor nie, die Rechte der Kleinbäuer*innen, Landarbeiter*innen, Landlosen, der Fischer*innen, Indigenen, der traditionellen Völker, der Hirt*in und Sammler*in - also all derer die im ländlichen Raum leben und arbeiten, sicher zu stellen. Seit der Militärdiktatur 1964 werden von der ökumenischen Landpastorale CPT die Menschenrechtsverletzungen in den

„*Conflitos no Campo Brasil*“ aufgelistet (www.cptnacional.org.br). Die Zahl der Landkonflikte und Morde an Landlosen, Kleinbauern und ihren Verbündeten steigt wieder an: 2016 registrierte die Landpastorale CPT 61 Tote. Das war die höchste Zahl seit 2003. Bis Herbst 2017 waren es bereits 63, unter ihnen auch mehrere Anführer*innen und Mitglieder der Landlosenbewegung MST, einer von ihnen Waldormiro Costa Pereira, ein einstiger Überlebender eines der schlimmsten Massaker auf dem Land am 17.4.1996 in Eldorado do Carajás.

Geht es in den detaillierten Jahrbüchern der CPT schwerpunktmäßig um die elementaren Menschenrechte bei Gewalt, Vertreibung, sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen, den Kampf um Land und Wasser, so werden auch mehr und mehr die weiteren Themen der Deklaration für Kleinbauernrechte aufgegriffen: Gendergerechtigkeit, Saatgut als kollektives Kulturgut der Bauernschaft statt Patentierung und Monopolisierung durch Konzerne, faire Preise, Anerkennung und Weiterentwicklung bäuerlichen Wissens, Ernährungssouveränität, kollektive Landrechte, und nachhaltige Agrarsysteme.

Dort, wie hier, stellt sich damit wieder die hinter der Deklaration stehende Grundsatzfrage: Was wollen wir essen und welche Landwirtschaft brauchen wir dafür?

Dass die von Via Campesina in der Deklaration vertretene Linie auch in Deutschland viele Anhänger*innen hat, zeigte die große Demonstration „Wir haben es satt!“ am 20. Januar

2018 in Berlin. An der federführend von der AbL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - deutsche Sektion de Via Campesina-Netzwerkes) in Kooperation mit über 50 Mitveranstaltern durchgeführten Veranstaltung nahmen neben 160 Traktoren über 30.000 Menschen teil. Vor der gleichzeitig stattfindenden europäischen Agrarministerkonferenz konnten wir unsere Forderung für Kleinbauernrechte wirkungsvoll vorbringen. Aber um Deutschland und die EU auf den richtigen Kurs zu bringen sind weitere Schritte nötig. Neben der aktiven Teilnahme an der fünften Sitzung der UN-workinggroup im April werden die Gespräche und Aushandlungen mit den beteiligten Ministerien in Deutschland fortgesetzt. In einem parlamentarischen Frühstück werden Bundestagsabgeordnete gebrieft. Dazu sind u.a. auch Vertreter*innen der brasilianischen Landlosenbewegung eingeladen, die im April in Deutschland eine Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen machen werden und auch auf der KoBra-Frühjahrstagung dabei sein werden. Ein Höhepunkt wird die Mahnwache und Demonstration vor der brasilianischen Botschaft in Berlin sein, am 17.4. - dem Tag des Massakers in Eldorado - und seither der Internationale Tag des bäuerlichen Widerstandes.

A luta continua! ■

* Wolfgang Hees ist Biobauer in Eichstetten am Kaiserstuhl, AbL-Landesvorstand in Baden-Württemberg und Vorstand amig@s do MST Deutschland.



Die grüne Wüste der Monokulturen aus Eukalyptus hat den Süden von Bahia fest im Griff. Einer der größten Zellstoffproduzenten der Welt, Fibria, gewinnt dort sein Holz, das nahe der Stadt Caravelas über den firmeneigenen Hafen umgeschlagen wird. Von dort geht es zur industriellen Weiterverarbeitung in die riesigen Zellstofffabriken, die auch Europa mit dem billigen Rohstoff Papier versorgen. Den Preis zahlen die traditionellen Kleinfischer*innen von Caravelas und der *reserva extrativista* (RESEX) Cassurubá. Aber die setzen sich zur Wehr.

„Früher fehlte es hier nie an Fischen, Krabben, Krebsen, Garnelen, Muscheln oder Schalentieren jeglicher Art“, sagt João Heleno, Fischer bei Caravelas seit gut 50 Jahren. Seine Augen leuchten, wenn er davon spricht. So viel, was die schlickigen Mangrovengründe hergaben. „Unsere Familien hatten alle ihr Auskommen. Dann aber, dann wurde alles anders.“

Geiseln des Fortschritts Kleinfischer*innen wehren sich gegen Eukalyptus-Multis in Süd- Bahia

von Igor Birindiba Batista, Thomas Bauer und
Christian Russau*

Irgendwie fühlen sie sich, als seien sie Geiseln dieses „Fortschritts“ und dieser „Entwicklung“, die ihrer Region versprochen wurde. Im Jahr 1973 wurde die Bundesstraße BR-101 zwischen Salvador da Bahia und Vitória, Landeshauptstadt des südlich von Bahia gelegenen Bundesstaates Espírito Santo, asphaltiert. Daraufhin änderte sich die große Biodiversität des Atlantischen Regenwalds massiv. Zuerst kamen die Monokulturen der Papaya, dann ab 1980 die Eukalyptus-Monokulturen. In „Geiselhaft“ befinden sich die Anwohner*innen in Süd-Bahia seit den 1960er und 1970er Jahren. Schließlich hat die brasilianische Holzwirtschaft Brasiliens seit vielen Jahrzehnten in der Region die ursprünglichen Wälder mit Mahagoni-, Palisander- und Zedernbäumen rücksichtslos gerodet. Mittlerweile sind dort rund 85% der landwirtschaftlich geeigneten Flächen mit Eukalyptusplantagen bedeckt. Die grünen Wüsten des vormals Atlantischen Regenwalds.

Wie der nun aussieht, zeigt sich exemplarisch in Nova Viçosa, in Alcobaça und in Caravelas in Süd-Bahia. Die Eukalyptus-Monokulturen verdrängen die ursprüngliche Bevölkerung – oder wo dies nicht gelingt, wird diese in ihrem

wirtschaftlichen Überleben stark eingeschränkt. Die Peripherie der umliegenden Ortschaften, vor allem in Teixeira de Freitas, schwillt deswegen mit erstaunlicher Geschwindigkeit an. In Süd-Bahia werden die Eukalyptusplantagen in verhältnismäßig kurzen Zyklen – schon nach fünf oder sechs Jahren – gerodet. Das schnelle Wachstum der Plantagenbäume geht zwangsläufig mit einem höheren Wasserbedarf einher, was einen sinkenden Grundwasserspiegel auf den Plantagen und in ihrer Umgebung zur Folge hat. Da die Monokulturplantagen nicht als Brücken zwischen den Waldinseln dienen, kann zudem kein Austausch zwischen den kleinen Restflächen des natürlichen Waldes stattfinden. In der Folge werden die bedrohten Tier- und Pflanzenarten des Atlantischen Regenwaldes auf zu kleine Lebensräume zurückgedrängt. Eukalyptusforste sind zudem für ihre geringe Biodiversität bekannt und berüchtigt.

Die benachbarten Kleinbäuerinnen und -bauern, die Quilombolas (Nachfahren afrikanischer Sklav*innen) und Indigenen müssen zu überleben versuchen, auf ihren kleinen Landstücken, umzingelt von grüner Wüste. Infolge des immensen Wasserbedarfs der Plantagen bekommt die kleinbäuerliche Landwirtschaft vor Ort massive Probleme mit der Bewässerung ihrer Äcker und sogar mit der eigenen Trinkwasserversorgung. Wer das Geld in der Region hat, der hat auch das Sagen. Schwerwiegende Fälle von Umweltrassismus und Menschenrechtsverletzungen lassen sich angesichts des Desinteresses der ausführenden Gewalt und Judikative kaum effektiv unterbinden.

Es bestehen zudem diverse Konflikte in Bezug auf die Verwaltung und Nutzung der Fischereiressourcen. Dabei hatte es doch im Jahr 2009 alles so verheissungsvoll, so positiv ausgesehen. Das Meeresreservat von Cassurubá wurde demarkiert und als Schutzreservat durch einen Präsidialdekret anerkannt. Ein Schutzreservat, RESEX Cassurubá genannt, das den Sammler*innen und Fischer*innen die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen erlaubt. Ein Naturschutzgebiet mit immerhin 1.006,87 km², in dem nachhaltige Nutzung erlaubt ist und somit einen Schutz für eine Reihe von traditionellen Gemeinschaften bietet. Aber, wie so oft, kam es zum Konflikt, zum Konflikt mit Geld und Macht, mit Wirtschaftsinteressen. Denn im Herzen des Reservates, in der Stadt Caravelas, befindet sich der regionale Umschlaghafen eines der Weltmarkt Giganten der Zelluloseerzeugung, Fibria. Von diesem Hafen laufen seit 2003 täglich mindestens zwei große Schiffe mit jeweils 15.000 Tonnen Eukalyptusbäumen zur

industriellen Weiterverarbeitung aus. Dafür wird massiv in das von Mangrovenwäldern geprägte Ökosystem eingegriffen, da die Hafenzufahrt nur durch das jährliche Ausbaggern des Flusses möglich ist. Die bestehende Umweltzerstörung am Caravelas-Flussdelta durch Versandung des Flussbettes bewirkt Veränderungen im Wasserlauf und somit den Verlust von Habitat für viele Arten. Dies stellt für die Fischer*innen die negative Seite der Eukalyptus-Medaille dar. Die kontinuierlichen Flussausbaggerungen – die bis zu drei Mal im Jahr stattfinden – führen zum Absterben der dortigen Mangrovenwälder. Mit deren Zerstörung verlieren zahlreiche Tierarten ihre Lebensgrundlage, denn die Mangroven sind Brut- und Laichgebiete zugleich und stellen somit Lebensraum als auch Nahrungsquelle dar. Viele auf klares Wasser angewiesene Fischarten, wie der in der Region beliebte Seebarsch, wandern folglich ab, weil sie ihre Beute nicht mehr erkennen können.

Marcelo Lopes ist Mitarbeiter der brasilianischen Naturschutzbehörde, dem Chico Mendes Institut für

Biodiversitätserhalt (ICMbio). Als Leiter der RESEX Cassurubá kümmert er sich um die Belange von rund 1.600 Fischer*innen-Familien, die innerhalb des Schutzgebietes leben. Er beschreibt den Konflikt zwischen den Interessen der Wirtschaft und denen der Fischer*innen als unlösbar. „Das von der Firma verfolgte Produktionsmodell ist unvereinbar mit dem Lebensmodell der traditionellen Gemeinschaften“, sagt der 34-Jährige. „Denn das Agieren der Firma hat Auswirkungen auf das Gebiet der Gemeinschaften, die dort von den natürlichen Ressourcen des Territoriums leben. Das ist einfach unvereinbar. Es kann keinen Modus geben, der beides miteinander in Einklang bringt. Dies betrifft die ganze Palette des Produktionsmodells der Eukalyptus-Monokulturen, die diese ganze Mündungsregion umfasst, wo sich zum einen die RESEX, aber eben auch das Hafenterminal befindet, von wo aus sie die ganzen Eukalyptusstämme nach Aracruz im Bundesstaat Espírito Santo verschiffen, wo sich ihre Zellulosefabriken befinden.“

Diese Unvereinbarkeit der Gegensätze zwischen Wirtschaft und Überleben der kleinen Leute hat dann im Juli 2017 das

Grüne Plaste aus Brasilien

„I'm green“ ist in diesen Zeiten nicht ein Ausruf grüner Politiker, sondern die registrierte Marke des brasilianischen Chemiegiganten Braskem – es muss also heißen: I'm green™.

Braskem ist einer der größten Hersteller von Polyethylenen, also von Plastik. Sein deutscher Standort Schkopau ist noch aus DDR Zeiten durch den Slogan „Plaste und Elaste aus Schkopau“ berühmt. Aber die meisten Produktionsstätten liegen in Brasilien, dem „Heimatland“ des Konzerns. Die stimmberechtigten Aktien gehören zu 90% dem Baukonzern Odebrecht und dem halb-staatlichen Erdölkonzern Petrobras, die staatliche Entwicklungsbank BNDES ist ebenfalls beteiligt.

Braskem hat sich zum globalen Führer bei der Herstellung von sogenanntem Bioplastik entwickelt, und beherrscht den Markt mit seiner Produktlinie I'm green™ Polyethylene. Tatsächlich kann bisher nur ein Teil des Plastiks durch biobasierte Stoffe ersetzt werden, die angeblich nun grünen Kunststoffflaschen erreichen maximal einen Anteil von 30% biobasierten Stoffen, in der Praxis liegt der Anteil bei 15%. Coca Cola ist bisher der bekannteste Verwender von „Bioplastik“, so etwa bei Vio Bio, der biozertifizierten Produktlinie von Coca Cola Limonaden.

Der Rohstoff für das Bioplastik von Braskem ist Zuckerrohr, dem also nicht nur in der Erzeugung von Biotreibstoffen eine große Rolle zukommt. Bioplastik reproduziert also auch die alten Probleme: Öl wird durch die Ausweitung von Landnutzung ersetzt. Laut Propaganda von Braskem oder Coca Cola ist dies kein Problem: Ohne jegliche Belege wird behauptet, die Expansion von Zuckerrohr vollziehe sich in Brasilien in erster Linie auf „verlassenen Weideland“, und Coca Cola verkündet gar, zusätzlicher Zuckerrohranbau findet vorwiegend auf „ungenutzten Agrar-Flächen“ statt. Bioplastik hat dieselben Eigenschaften wie Plastik auf Erdölbasis, unterschiedlich ist die Herkunft. Und damit eben auch die CO2 Bilanz: Bioplastik ist laut Braskem CO2 neutral oder gar CO2 negativ, durch den Anbau der Pflanzen soll also der Atmosphäre mehr CO2 entzogen werden als im Produktionsprozess entsteht.

„Technologie, Innovation und Nachhaltigkeit“ - das sind in der Propaganda von Braskem die Leitlinien der Firma. In der Praxis scheinen aber auch Geld und Korruption eine große Rolle zu spielen. Die Hauptaktionäre der Firma, Odebrecht und Petrobras, sind auch die wichtigsten Firmen in dem Korruptionsskandal, der Brasilien nun seit einigen Jahre erschüttert. Braskem diente offensichtlich zur Zahlung von Schwarzgeldern. Die Firma willigte 2016 in einen Vergleich ein, der sie zur Zahlung von unglaublichen 3,1 Milliarden Reais, das entspricht etwa einer Milliarde US\$, verpflichtete. Braskem zeigt eine aufschlussreiche Verknüpfung von alter, ölbasierter Industrie, Korruption und biobasierter Innovation als Erweiterung des Geschäftsmodells.

bFass zum Überlaufen gebracht. Die Kleinfischer*innen in Caravelas weigerten sich, den sich abzeichnenden Existenzverlust weiterhin wehrlos hinzunehmen. Am 4. Juli 2017 blockierten sie den Kanal „Tomba“ und unterbrachen somit das Be- und Entladen von Eukalyptusstämmen für die Zelluloseindustrie.

„Wir Fischer haben da unseren Protest organisiert, wir haben uns neben den großen Schiffen verankert, direkt da wo sie verladen“, erzählt Chanto, Fischer aus Caravelas. „Und wir haben dort demonstrativ gefischt und geangelt. Damit wollten wir den Behörden zeigen, dass es unseren Kampf gibt, damit sie davon Kenntnis bekommen, was Fibria mit uns Fischern macht. Ja, und man kann schon sagen, dass das ein ziemlicher Erfolg war. Da fing dann alles an, das war ein erster wichtiger Schritt, den wir gemacht haben.“

Nach zwei Tagen wurden sie polizeilich geräumt. Obwohl Sonntag war, wo in der Gemarkung von Caravelas eigentlich kein Richter*in Wochenenddienst schiebt, war es der Firma Fibria offenbar gelungen, einen Richter aufzutreiben, der den Räumungsbefehl vor Ort brachte. „Dieser Gerichtsentscheid, den der Gerichtsbeamte uns auf einem Schiff der Firma HM Engenharia (Dienstleister von Fibria, Anm.d. Red.) überbrachte, alles mit Matrosen von der Firma Fibria, das war an einem Sonntag, wo es in unserer Gemarkung eigentlich gar keinen Richter gibt, der auch am Wochenende Dienst tut. Das war ein Richter aus Teixeira. Da sieht man, wie das Geld unsere Geschichte verändert.“ Es ist das Geld, die Firma, die haben die Macht. „Die versprechen dir eine Sache und halten sich nicht daran“, sagt Maria Braz, Fischerin aus Caravelas. „Sie versprechen, die Situation der

Fischerinnen und Fischer zu verbessern, aber das geschieht nicht. Das liegt daran, wer hier das Sagen hat: die Firma Fibria, nicht wir Fischer.“

Hinzu kommt: Der direkte Gegner der Kleinfischer*innen scheint die Eukalyptus- und Zellstofffirma vor Ort zu sein. Aber die liefert das, was der Weltmarkt begehrt. Was die Konsument*innen begehren. Auch wir aus Deutschland.

Über 40% des weltweit geschlagenen Holzes wird für die Papierherstellung benötigt. In Deutschland werden pro Jahr und Kopf 253 Kilogramm Pappe, Papier und Karton verbraucht. Auch wenn Deutschland europaweit der größte Hersteller von Papier ist, wird heimisches Holz relativ wenig zu Zellstoff – rund Dreiviertel davon werden importiert – bzw. Papier verarbeitet. Über ein Drittel des Jahresverbrauchs wird laut dem Verband Deutscher Papierfabriken (VDP) aus Brasilien eingeführt, was das Land zu Deutschlands Zellstofflieferant Nummer eins macht. Von Januar bis Dezember 2017 exportierte allein Brasilien über zweihunderttausend Tonnen Zellstofffaser (238.036.853 Kg) nach Deutschland. Weitere 443 Tonnen werden aus dem südamerikanischen Land als Chemiezellstoff nach Deutschland exportiert. Darüber hinaus importiert die Bundesrepublik auch große Mengen fertiger Papierprodukte aus Brasilien (2017 waren es 1.239 Tonnen Papier, Karton und Pappen). Für Verbraucher*innen ist aufgrund fehlender Herkunftskennzeichnung nicht nachvollziehbar, aus welchen Regionen die angebotenen Papiere stammen.

Aus einer praktischen und konsumkritischen Perspektive ist die Rechnung relativ simpel: Zellstoff wird weltweit meist aus Eukalyptus hergestellt. Je mehr Papier konsumiert wird,

desto eher verschwinden intakte Wälder – nicht nur in Brasilien, sondern auch in Russland, Schweden oder Kanada. In Deutschland wird zwar viel Altpapier gesammelt, aber nicht im gleichen Maße konsumiert. Die Wiederverwertung des Papiers wird letztendlich von den eigenen Konsument*innen konterkariert, da sie verstärkt Produkte kaufen, die aus Primärfasern hergestellt werden. Knapp die Hälfte des in



Deutschland hergestellten Recyclingpapiers geht so in den Export. Im Gegenzug werden dafür Billigpapiere importiert, die überwiegend aus Frischfasern hergestellt werden. Letztlich geht es nicht darum, den Papierkonsum zu unterbinden, sondern um einen achtsamen und verantwortungsbewussten Konsum und damit um das Ende der Papierverschwendung.

Wenn sich das in den Firmenbilanzen der Plantagenbesitzer und der Zellstoffproduzenten in Süd-Bahia niederschlagen würde, dann würde dies den Kampf der Kleinbäuerinnen und -bauern, der Kleinfischer*innen unterstützen und ihm mehr Aufwind geben. Denn den Kampf gegen die Giganten müssen die Kleinen vor Ort selbst führen. Und das tun sie ja auch. Denn das ist es, was Fischer*innen dem allem entgegenzusetzen haben. „Es ist die soziale Organisation, die ist ungemein wichtig“, sagt Marcelo Lopes von der RESEX. „Denn wenn wir nur darauf vertrauen würden, dass der brasilianische Staat sich um die Angelegenheit kümmert, dann können wir das gleich vergessen“, meint er. „Wenn wir uns auf die NGOs, auf die Umweltschützer verlassen würden, dann könnten wir das auch vergessen. Wer also tatsächlich die Kraft zum Widerstand hat, selbst wenn sie scheinbar unter der Oberfläche schimmert, wer tatsächlich diese Kraft zum Widerstand und wer tatsächlich das Recht und die Pflicht zum aktiven Widerstand hat, das sind meiner Meinung nach die traditionellen Gemeinschaften und die traditionellen Völker, die hier leben, die hauptsächlich von diesem wirtschaftlichem Großprojekt betroffen sind.“

Das sieht auch die Fischerin Maria Braz aus Caravelas so. „Ich meine, wir müssen uns jeden Tag aufs Neue treffen, unsere Streitigkeiten beenden, die Fischer vereinen, alle zusammen“, sagt Maria, die seit nunmehr 40 Jahren in Caravelas lebt. „Wenn wir dann gemeinsam und geschlossen an diesen Sitzungen teilnehmen, um endlich genau zu erfahren, was da vorgeht, um dergestalt zu einer Lösung zu kommen, die dieses Desaster, was da bei uns vor sich geht, doch noch zu stoppen“, das ist ihre Hoffnung. Gemeinsam kämpfen gegen den Giganten, der ihnen ihre angestammte Lebensgrundlage zu rauben droht. ■

* Igor Birindiba Batista ist im KoBra-Vorstand und arbeitet in der politischen Bildung.

* Thomas Bauer lebt seit 20 Jahren in Brasilien und arbeitet für die Landpastorale CPT. Außerdem blogt er auf <https://tbauer.blog.wordpress.com>.

* Christian Russau ist Autor und Journalist und schreibt unter anderem für die Lateinamerika Nachrichten in Berlin.

Foto-Ausstellung: „Offenbarungen von Nhanderu“

Bilder der Guarani im Süden Brasiliens

Die ausgewählten Fotografien sind 2016 während der Umsetzung des Kulturprojektes „Nhemonguetá – Die gesungenen Weisheiten der Guarani-Indianer“ entstanden. Der Blick ist auf die Siedlungen Itapuã, Estiva und Cantagalo gerichtet – ganz in der Nähe der Landeshauptstadt Porto Alegre im Süden Brasiliens. Die Ausstellung von Paola Mallmann und Eugênio Barboza zeigt auf poetische Weise, wie jahrhunderte altes Wissen und Traditionen weitergegeben und am Leben erhalten werden

Es geht darum, zu erkennen, wer die Guarani sind. Das nicht Offensichtliche anzuschauen. Sich in den Bildern spiegeln, den entblößten Erinnerungen, sich in der Geschichte wiedersehen. Die Ausstellung versucht das Gefühl der Annäherung und Zugehörigkeit zur Kultur der Guarani wiederzugeben. Es soll etwas ausgelöst werden im Körper. Die Kraft und die Erinnerung daran, wenn einer Kind ist oder auch alt. Anhand von Träumen, Offenbarungen, Bildern. Wichtige Elemente der Kultur, die der Wissensvermittlung dienen, werden gezeigt: *petyngua*, eine Pfeife, die zur Heilung benutzt wird – *tatá*, Feuer und Rauch, wo sich das Sichtbare und das Unsichtbare verwischen und Welten verbinden – *ka'aguyovy*, das Grün der Wälder, als die Verbindung mit der Natur.

Unser Bewusstsein als Städter soll mit der Präsenz der Indigenen bevölkert werden. Das heißt auch, unseren Horizont zu erweitern und den indigenen Völkern Raum zu geben und Respekt zu zollen. Was die Guarani gesagt haben, soll gehört werden! Im Anblick einer unbekanntenen und ungesicherten Zukunft, nimmt diese Ausstellung eine klare kosmopolitische Position ein: Wir sind alle Guarani-Mbya.

Für die Landrechte der Indigenen!

Website: <http://nhemonguetadoc.wixsite.com/nhemonguetá>

Unter dieser Überschrift fand Ende 2017 das abschließende Seminar des 2-jährigen Projektes „Säen und Ernten – auf Wegen sozialer und ökologischer Verantwortung zu Einkommensalternativen“ statt. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen dem Aktionskreis Pater Beda für Entwicklungsarbeit e.V., dem brasilianischen NRO-Netzwerk Solivida und dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

„Säen, Ernten und Teilen“

Ein Projekt des Aktionskreises Pater Beda

von Theresa Rottmann*

Ziel des Projektes ist es, einen Beitrag zur Verbesserung der Ernährungssicherung und zur Einkommenssteigerung vulnerabler Bevölkerungsgruppen in (peri-) urbanen Gebieten in der Metropolregion Cariri (Ceará) und Recife (Pernambuco) zu leisten und dabei eine nachhaltige und ökologische Stadtentwicklung zu fördern.

Das Netzwerk Solivida ist ein Zusammenschluss aus 26 NROs in Nordostbrasilien und Rio de Janeiro, das auf Initiative des Aktionskreises entstand. Die mittlerweile 6-jährige Vernetzungsarbeit dient dem Austausch von „best practices“, der Professionalisierung und Kompetenzerweiterung sowie der Entwicklung ganzheitlicher Arbeitsansätze. Sie ist ein Sprachrohr für die Akteure des Netzwerks und stößt gesellschaftliche Transformationsprozesse an.

Die Konsequenzen der sich seit Jahrzehnten industrialisierenden Landwirtschaft, des heutigen Agrobusiness, mangelnder Infrastruktur und Perspektivlosigkeit im Landesinneren, sind Landflucht, rasante Verstädterung und Problematiken wie Kriminalität, Armut und Stigmatisierung sind Themen, die die Zielgruppen aller Netzwerkpartner betreffen. Neben der konkreten Verbesserung von Lebensbedingungen, zielt die Arbeit des Netzwerkes auf Sensibilisierungsprozesse für die Lebensrealitäten vulnerabler Gruppen auf dem Land und in der Stadt ab und betreibt Lobby- und Advocacyarbeit.

Konkret erreichte das Projekt über 1000 Familien, die mittlerweile in 124 Gärten (Gemeinschaftsgärten, Schulungsgärten, Gefängnisgärten, individuellen horizontalen und vertikalen Hausgärten) ökologisches Obst und Gemüse für Eigenbedarf und Verkauf produzieren.

Es wurden 20.000 Mangrovensetzlinge und 4000 Obst- und Holzbäume gepflanzt. Über 400 Personen wurden

theoretisch und praktisch geschult und geben ihre Fähigkeiten als Multiplikatoren weiter. Eine breite Bevölkerung konnte für Themen wie Umwelt- und Klimaschutz und Ernährung sensibilisiert werden. Im Rahmen „sozialer Gastronomie“ wurden Themen wie Ernährungsverhalten und Selbstbewusstsein erarbeitet.

Für die Zielgruppe kristallisierten sich neben Verbesserungen im Einkommen, der Ernährung und der erhöhten Attraktivität des Stadtviertels weitere Lernerfahrungen heraus: z.B. wie sich Strukturen und Atmosphäre innerhalb eines städtischen Gefängnisses durch landwirtschaftliche Kleinproduktion verändern oder auch welche psychologischen und sozialen Effekte ein Gemeinschaftsgarten hervorrufen kann, wie die Auflösung von Stigmatisierung, das Heraustreten aus Isolation, Selbstwirksamkeitserleben und der Aufbau sozialer Kontakte.

Für das Netzwerk ergaben sich Lerneffekte in der Projektplanung und -durchführung, die thematische Erweiterung oder auch die Arbeit mit neuen Zielgruppen. Die stetige Kommunikation und der überregionale Ansatz mit Seminaren, bei denen ländliche und städtische Projektteilnehmer*innen aufeinandertrafen und Raum für Austausch hatten, erforderten zwar große Mühen, zahlten sich jedoch aus und resultierten u.a. in einem erhöhten gegenseitigen Bewusstsein für Lebenswelten eines Kleinbauers und dem Leben in einer Favela.

Die Ergebnisse und Erfahrungen münden in das Folgeprojekt „Märkte der Möglichkeiten“, das in den Bundesstaaten Maranhão, Piauí und Bahia durchgeführt wird. Thematisch ergänzt werden Vermarktungswege und Bewusstseinsarbeit durch politisches Theater und bewussten Konsum. Die Produktionsweisen werden durch Imkerei, Polykultursysteme wie Agroweideforstsysteme und Reis-Fisch-Anbau erweitert. ■

* Theresa Rottmann, Psychologin, tätig in der psychosozialen Flüchtlingshilfe und Vorstandsmitglied im Aktionskreis Pater Beda; dort mitverantwortlich für Öffentlichkeitsarbeit und Ausarbeitung von Anträgen und Nachweisen.

Weitere Informationen unter:

www.pater-beda.de

www.redesolivida.org

Foto-Ausstellung

„Offenbarungen von Nhanderu“

Bilder der Guarani-Indianer im Süden Brasiliens
Mehr Info siehe Kasten S. 17.



Geradezu gespenstig macht sich in Lateinamerika der Neo-Putschismus breit. In den letzten 15 Jahren wurden einige lateinamerikanische Demokratien systematisch von einer neuen Variante des Staatsstreiches erschüttert, von Neo-Putschismus ist die Rede. Während die Putschversuche in Venezuela, Bolivien und Ecuador nicht zur Absetzung der Regierung führten, verliefen sie in Haiti, Honduras, Paraguay und Brasilien erfolgreich. Dort wurden demokratisch gewählte Präsident*innen aus ihren Ämtern entfernt. Mit welcher Begründung? Zum Teil sicherlich, weil die bis dato Staatschefs links-orientierte Entscheidungen getroffen hatten, die den nationalen Eliten missfielen. Diese begehrten auf, um geeigneteren Herrscher*innen an die Macht zu bringen.

Die Geschehnisse lassen sich nur schwer als etwas anderes als einen Staatsstreich oder Coup d'État interpretieren. Über eine Verletzung der Verfassung wurde jeweils ein radikaler Wechsel der Regierung herbeigeführt. Im Gegensatz zu den traditionellen (Militär-)Putschs des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika, bei denen Streitkräfte durch Gewalt die Macht ergriffen, wird Neo-Putschismus von Akteuren innerhalb des Staates, also vom Parlament oder dem

Das Gespenst des "Neo-Putschismus"

von Patricia Rangel*

Justizwesen (der Legislativen oder Judikative) ausgeführt und es folgt keine autoritäre oder militärische Ordnung. Dadurch wirkt der Putsch erstmal demokratisch und gesetzeskonform und wird folglich als parlamentarischer Staatsstreich, "Soft Coup" (auf deutsch: weißer Putsch), oder wie Barry Cannon es gerne ausdrückt: "Smart Coup" (auf deutsch: ausgeklügelter Putsch) bezeichnet. Bei letzterem handelt es sich um eine Strategie der rechten politischen Kräfte, um die Köpfe der linken Hegemonie mit wenig Blutvergießen und dem Anschein institutioneller und gesellschaftlicher Legitimität aus dem Amt zu vertreiben.

Wenn wir die Amtsenthebung von Jean-Bertrand Aristide in Haiti (2004), Manuel Zelaya in Honduras (2009), Fernando Lugo in Paraguay (2012) und Dilma Rousseff in Brasilien (2016) betrachten und auch die erfolglosen Versuche gegen Hugo Chávez in Venezuela (2002), Evo Morales in Bolivien (2008), and Rafael Correa in Ecuador (2010) in den Blick

nehmen, finden wir die gleichen Muster wieder. Dramatische politische Krisen wurden von Massenmobilisierung ziviler Unzufriedenheit begleitet, was schließlich in der Absetzung oder dem Rücktritt der Präsidentin oder des Präsidenten endete. Das Ganze geschah ohne Militärgewalt oder einen grundlegenden Bruch mit der Demokratie.

Danach übernahmen reformistische Regierungen das Amt und stellten über Vereinbarungen sicher, dass der Einfluss der traditionellen Eliten wieder zunahm.

Das ähnelt sehr dem, was Perry Anderson "Präventive Konterrevolutionen" nennt. Diese wurde in den 1950er Jahren als Antwort auf die Unterdrückung einer linken Politik von unten durchgesetzt. Damals wurden fortlaufende Prozesse aufgehoben oder unterdrückt, die als Bedrohung für die Rechtsordnung und die Interessen des konzentrierten wirtschaftlichen und politischen Sektors wahrgenommen wurden. Wie die argentinische Soziologin Lorena Soler bemerkt, wäre Neo-Putschismus ohne die Unterstützung des nationalen (und/oder übernationalen) bürgerlichen Establishments nicht erfolgreich.

Deswegen behaupten die Politikwissenschaftler*innen Carlos Milani und Monica Hirst, dass es sich bei dem Coup d'État (in Brasilien, Anmerkung d.Übers.) um einen traditionellen Klassenkampf handelt. Pro-neoliberale Akteure positionieren sich gegen die Fortsetzung des bescheidenen Wohlfahrts- und Entwicklungsmodells der 15-jährigen PT-Regierung (Arbeiterpartei). Auf den Putsch folgten eine Reihe institutioneller Reformen, die die Demokratie schwächten und direkt die ärmsten Bevölkerungsschichten angriffen: Renten-, Steuer- und Arbeitsmarktreformen lockerten Arbeitsrechte und der Verfassungszusatz Nr. 95 verhindert jede reale Erhöhung der öffentlichen Ausgaben in den nächsten zwanzig Jahren.

Weitreichende Analysen dieser Komponenten sind in neuen Werken von elf Wissenschaftler*innen zu finden, die sich im September 2017 in der Rosa-Luxemburg Stiftung in Berlin trafen, um den letzten Fall von Neo-Putschismus (Brasilien 2016) zu diskutieren.

Das Seminar "Der brasilianische Staatsstreich und die Rechtsentwicklung" bot verschiedene Interpretationen, die sich grob in fünf Diskussionsstränge einteilen lassen: Frieder Wolf und Barry Cannon präsentierten das Gesamtbild, indem sie in das Thema einführten und die Merkmale des Neo-Putschismus in einer sehr breiten Perspektive darstellten. Teresa Barroso und Arthur Bueno orientierten sich an politischen Knotenpunkten und gaben



eine umfangreiche chronologische Übersicht des Putsches. Sie ordneten ihn als ersten Schritt einer Machtübernahme ein, die die Absicht hatte, ein rückwärtsgewandtes Regierungsprogramm einzuführen. Sie gaben außerdem eine Übersicht über die Voraussetzungen, die den Coup ermöglichten (vor allem die Demonstrationen von 2013 und die daraus hervorgegangenen faschistischen Tendenzen).

Bernardo Bianchi, Jorge Chaloub und Pedro Lima erörterten in einem dritten Diskussionsstrang die neoliberale Perspektive des Coups mit Fokus auf die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie. Neo-Putschismus wird hier auf seine Fähigkeit untersucht, Wahlergebnisse zu neutralisieren, anstatt die ungewünschte politische Konstellation von vorneherein zu verhindern. Die Wissenschaftler*innen sprachen über die neoliberal-neokonservative Beziehung und führten eine spezielle Erscheinungsform des Neoliberalismus aus, wie sie der parlamentarische Staatsstreich verkörpert.

In dieselbe Richtung, aber mit einem stärkeren Augenmerk auf die Makroebene, wiesen Rômulo Lima und Carlos Santana. Sie berücksichtigten Elemente des globalen Kapitalismus und der Geopolitik. Sie brachten den Coup sowohl mit extraterritorialer Ausweitung rechtlicher Privilegien der USA in Verbindung, als auch mit Allianzen zwischen Geschäftsgruppierungen, bürokratischen

Unternehmen, oligopolartigen Medienkanälen, konservativen Bewegungen und politischen Parteien. Daneben hoben sie Merkmale einer Wirtschaftsausrichtung hervor, die aus den Faktoren Peripherie, ehemaligem Kolonialismus und dem rassistischen Erbe der Sklaverei Profit schlägt. Ana Coutinho, Camila Arêas und die Autorin untersuchten, inwiefern der Coup den nationalen Eliten genutzt hat. Sie legten allerdings ihr Augenmerk auf die Rückschläge für die marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen (Indigene, Afrobrasilianer*innen, Frauen, LGBTIQ*, Agrararbeiter*innen und traditionelle Gruppen wie die Riberinhos). Daneben wurden die politischen Interessen der konservativen Akteure - Agrobusiness, landwirtschaftliche Elite, Medien, Evangelikale Freikirchen, konservative Parteien - analysiert, die eine sehr wichtige Rolle bei der Amtsenthebung gespielt haben. Die Wissenschaftlerinnen wiesen in allen Fälle von Neo-Putschismus in Lateinamerika die wichtige Rolle von Propaganda und oligarchischen Medien nach. Dilma Rousseffs Amtsenthebung, ein Prozess der von tiefer Frauenfeindlichkeit gekennzeichnet ist, wurde durch die konservativen Medien angekurbelt.

Als Ergebnis aus dem Treffen sollen ein Buch sowie weitere Konferenzen entstehen. Es gibt noch viel zu untersuchen und jede*r, der sich mit Demokratie auseinandersetzt, muss sich in diese Debatte einbringen.

Die anschließende offene Diskussion brachte zwei Fragen hervor, die über den brasilianischen Horizont herausragen:

das offenkundige Ende eines Zykluses revolutionärer Neuanfänge im Globalen Süden und die Frage nach den Bedingungen für einen erneuten Kampf und eine tiefgreifende Transformation, um die komplexe Krise auf globaler Ebene zu bewältigen.

Wir sollten Neo-Putschismus nicht nur als die Krise des politischen Systems, sondern auch als Teil eines viel größeren Phänomens wahrnehmen. Rechte und rechtsextreme Mächte befinden sich nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Europa und den USA im Aufschwung. Gefahren und Rückschläge für historisch ausgegrenzte Gruppierungen werden deutlich sichtbar, wenn staatliche Politik von konservativen Kräften dominiert wird. Gruppierungen wie Afrobrasilianer*innen, LGBTIQ*s oder die Arbeiterklasse beklagen derzeit die schwindelerregende Geschwindigkeit, mit der ihre Rechte aufgekündigt werden. Es ist daher dringend notwendig, den Staat und die demokratischen Möglichkeiten neu zu überdenken. Was können wir tun? Es gibt nicht für jede Krankheit eine Heilung, aber wir müssen uns die gemeinsamen Charakterzüge aller Staatsstreiche in Lateinamerika vor Augen führen: tiefe soziale Demobilisierung, für gewöhnlich gepaart mit konservativen (vielleicht gar protofaschistischen) Entwicklungen in Teilen der Bevölkerung. Deswegen ist es notwendig, soziale Volksbewegungen zu stärken und sie darin zu bekräftigen, konservativen und fundamentalistischen Bestrebungen entgegenzutreten und den Staat durch demokratische Mittel zurück zu gewinnen.

■

* Patricia Rangel (Postdoktorandin an der Universität von São Paulo - Fakultät für Philosophie, Literatur und Geisteswissenschaften und Gastprofessorin an der Freien Universität Berlin - Lateinamerika-Institut und dem Margherita-von-Brentano-Zentrum).

> Übersetzung aus dem Englischen: Svea Franz.

Eine unabhängige und kritische Presse ist eine der Grundlagen der Demokratie: unabhängig von den Interessen der großen Unternehmen, unabhängig von den politischen Parteien, unabhängig von den Regierungen, wachsam und aktiv beim Schutz der Menschenrechte und der Demokratie.

Seit dem Putsch von 2016 übt die abgesetzte Regierung Selbstkritik und bedauert, die unabhängige Presse nicht in ihrem Kampf unterstützt und gestärkt zu haben, bei dem sie sich dem täglichen Massaker der neoliberalen Narrative entgegenstellt. Diese unabhängige Presse engagiert sich bei der Beurteilung der politischen Maßnahmen, die von der neuen Putschistenregierung eingeführt werden, und in der Kritik an den strukturellen Veränderungen, die Brasilien in eine brutale Rezession gestürzt und viele in der Verfassung garantierten Rechte abgeschafft hat.

Die Solidarität unter uns

von Silvio Caccia Bava*

Die großen Kommunikationsunternehmen, die sich in Brasilien mit Hilfe der letzten Diktatur (1964-1985) etabliert haben und neun der reichsten Familien des Landes gehören, kontrollieren die großen Zeitungen und Fernsehanstalten. Sie produzieren Narrative, die die Interessen der Märkte verteidigen und so unsere Gesellschaft politisch polarisieren und in eine direkte Konfrontation mit den Verteidiger*innen der Menschenrechte gehen. Die vier aufeinander folgenden Regierungen der Arbeiterpartei waren nicht fähig, diesen mächtigen Medienunternehmen entgegenzutreten, oder sie wollten es nicht – sei es durch die Schaffung eines Systems demokratischer Regulierung des Sektors, sei es durch den Aufbau einer konkurrierenden Presse, die in der Lage wäre, um das Publikum zu werben.

Mehr noch als die politischen Parteien, welche die Eliten Brasiliens repräsentieren, sind die großen Kommunikationsunternehmen verantwortlich für die Schaffung eines Klimas der Angst und Unsicherheit, das die Bevölkerung unterdrückt und dazu bringt, die Widersprüchlichkeiten und Gewalttätigkeiten der Kürzungen in den staatlichen Programmen sowie den Repressionsapparat zu akzeptieren.

Mit Blick auf die Zukunft ist das Szenario entmutigend. Für den Fall, dass der Putsch sich konsolidiert, indem Lula verurteilt und von den Präsidentschaftswahlen

ausgeschlossen wird, bei denen er in Umfragen mit 37% der Wahlabsichten genannt wird (mehr als das Doppelte des Zweitplatzierten), klagten schon jetzt die demokratischen Teile unserer Gesellschaft an, dass eine Wahl ohne Lula ein Betrug wäre. Schon die Verurteilung von Lula ist ein Skandal, denn es gibt absolut keine Beweise gegen ihn. Und dann werden wir wahrscheinlich eine als Demokratie verbrämte Diktatur haben.

In diesem Szenarium der wachsenden Polarisierung hat die Rechte ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie tritt öffentlich auf und agiert in einigen Fällen wie faschistische Milizen, die Gruppen der demokratischen Opposition provozieren und versuchen, das Recht selbst in die Hand zu nehmen. Noch nie zuvor war es so notwendig, diesen Provokationen und Bedrohungen gegenüberzutreten und sie öffentlich anzuklagen.

Die Proteste und Demonstrationen, manche von ihnen mit Zehntausenden von Teilnehmer*innen, kommen in den Nachrichten der großen Zeitungen und Fernsehsender nicht vor. Weil die Medien sie verstecken, existieren sie für den größten Teil der Brasilianer*innen nicht.

Die massiven Änderungen in der Sozialpolitik, die Begrenzung ihrer Finanzmittel, das Einfrieren der öffentlichen Ausgaben für 20 Jahre (durch eine von der Mehrheit der Putsch-Abgeordneten beschlossene Verfassungsänderung), die Präkarisierung der Arbeitsbedingungen, der Angriff auf die Renten, die Liquidierung der Staatsbetriebe, die Demontage der öffentlichen Universitäten und viele andere Themen werden gegenwärtig nur von einigen wenigen Organen der alternativen Presse analysiert, die es geschafft haben, in dieser Zeit der Rezession und des Konsumrückgangs zu überleben. Die Aufgabe der Kritik, die Noam Chomsky so treffend die „Seele der Demokratie“ nennt, wird nur noch von einigen wenigen Kommunikationsorganen wahrgenommen, die deshalb umso wichtiger geworden sind. Um diese kritische Mission zu erfüllen, hat das Instituto Pólis, eine brasilianische NGO, einen Vertrag mit der Zeitung Le Monde Diplomatique geschlossen und ist so für die Veröffentlichung der brasilianischen Ausgabe verantwortlich, die internationale Analysen dieser renommierten internationalen Zeitung veröffentlicht und 40% der brasilianischen Ausgabe mit Analysen zu Brasilien produziert. Es handelt sich um eine kollaborative Initiative, die seit zehn Jahren auf die freiwilligen Beiträge von Spezialist*innen zählt, die wir einladen, über Brasilien zu schreiben. Le Monde Diplomatique Brasil zahlt Royalties für die Lizenz und finanziert sich hauptsächlich durch

Abonnements und den Verkauf an Zeitungskiosken im ganzen Land. Wegen der finanziellen Risiken dieser Initiative haben wir eine NGO gegründet – Palavra Livre (Freies Wort) –, um die Zeitung rechtlich zu tragen und das Instituto Pólis gegen eventuelle Defizite beim Betrieb der Zeitung zu schützen.

Die Rezession der letzten zwei Jahre hat einen Konsumrückgang verursacht, der den Kioskverkauf stark verringert hat. Der Verkauf von Produkten auf diesem Wege ist allein im vergangenen Semester um 32% gesunken und war schon vorher rückläufig. Das hat auch Le Monde Diplomatique Brasil getroffen.

Wir appellieren an die Solidarität unseres Leserpublikums und des demokratischen und volksbezogenen politischen Sektors, die Zeitung aufrecht zu erhalten, und empfangen über die erhoffte Solidarität hinaus Reaktionen wie diese: „Ich bin Professorin an der Landesuniversität von Rio de Janeiro und schätze Le Monde Diplomatique Brasil sehr, aber ich habe seit drei Monaten kein Gehalt empfangen und kann sie derzeit nicht unterstützen.“

Eine Aktion zum Überleben war eine Kampagne zur kollektiven Finanzierung der Zeitung, ein Crowdfunding. Mit dieser Initiative ist es uns gelungen, 24.000 Euro zu sammeln, die uns geholfen haben, das Projekt weiterzuführen.

Die Kampagne zur kollektiven Finanzierung unserer Arbeit geht weiter, jetzt mit direkten Beiträgen zur Zeitung in der Form von Abonnements, die weiterhin auf unserer Website angeboten werden: www.diplomatique.org.br/assine. Wenn Sie Abonnent*in werden, unterstützen Sie das Weiterbestehen der Zeitung und erhalten jeden Monat die digitale Ausgabe sowie die von uns verfassten Analysen über die brasilianische Realität.

In dieser schwierigen Phase des Überlebenskampfes haben wir die Solidarität von KoBra gesucht, und zu unserer großen Freude haben uns drei Mitglieder mit kleinen Spenden unterstützt. Das ist eine erste internationale Initiative, die uns Mut macht, die Bande der Zusammenarbeit mit KoBra enger zu knüpfen. Wir laden Sie ein, unsere digitale Ausgabe zu abonnieren und so an der demokratischen Widerstandsbewegung in Brasilien teilzunehmen. ■

* Silvio Caccia Bava ist Chefredakteur von Le Monde Diplomatique Brasil.

> Übersetzung aus dem Portugiesischen: Monika Ottermann.



Brasilien unterliegt im Wahljahr und nach der umstrittenen Amtsenthebung 2016 einer starken und wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung. Gleichzeitig beklagt die linke Zivilgesellschaft, dass ihre Handlungsspielräume ständig enger werden. Häufig ist in diesem Zusammenhang von Kriminalisierung die Rede. Doch was verbirgt sich dahinter und wie reagieren die sozialen Bewegungen darauf?

Kampf gegen Kriminalisierung

von Uta Grunert*

2017 wurden allein in den Bundesstaaten Maranhao, Para, Rondônia und Mato Grosso 33 Morde über das Menschenrechts-Monitoring PPDDH öffentlich gemacht. Emblematisch war der Fall der Landarbeiter*innen von Paud'Arco: Im Mai wurde dort 9 Männer und eine Frau von der Militärpolizei umgebracht. Im Bundesstaat Bahia wurden Angehörige des indigenen Volks Tupinambá und sechs Quilombolas getötet. Im Süden und mittleren Westen gab es allein bei der Landarbeiterbewegung MST 30 Tote. Die Kriminalisierung sozialer Bewegungen bis hin zur offenen Gewalt sind häufig angewandte Instrumente im politischen Machtkampf. Beobachter*innen aus deutschen NROs berichten, dass tödliche Gewalt gegen bekannte

Sprecher*innen der Bewegung inzwischen häufig auf Familienangehörige derselben abziele. Die Aktivist*innen werden durch den schmerzlichen Verlust gelähmt und eingeschüchtert, ohne dass die Fälle medial Verbreitung finden. Oft ist das Vertrauen in die lokale Polizei und Justiz so stark erschüttert, dass es nicht einmal zu einer Strafanzeige kommen kann. Auf diese Weise wurde sowohl der Bruder einer Aktivistin vom Bündnis *Xingu vivo para sempre* als auch der Sohn einer Referentin eines früheren Runden Tisches Brasilien aus dem Amazonasgebiet erschossen.

Neben der physischen Gewalt in Form von Morden an politischen Sprecher*innen oder ihren Familienangehörigen sind Morddrohungen ein häufiges Mittel der Einschüchterung. Als Reaktion darauf gibt es ein von internationaler Solidarität unterstütztes Schutzprogramm für Menschenrechtsverteidiger*innen, das 2017 zweihundertzwölf Personen Abschilderung und Schutz vor angedrohter Gewalt geboten hat. In der Realität leben die abgeschirmten politischen Sprecher*innen getrennt von ihren Familien und Gemeinschaften, was eine eigene Hürde darstellt. Neben dieser Schutzstruktur verfügt das MST über eigene Strukturen zum Schutz ihrer Leute.

Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass das Bundesprogramm für Menschenrechtsverteidigung ein Dekret, also keine Gesetzesnorm darstellt. Es kann daher von einem auf den anderen Tag beendet werden.

Auf der medialen Ebene zeigt sich Kriminalisierung durch anhaltende Verunglimpfung von politischen Positionen und ihren Vertreter*innen. Linke Demonstrant*innen werden beispielsweise in den Massenmedien als gewaltbereite Kriminelle dargestellt. Dadurch wird der repressiv vorgehenden Polizei ein Freibrief erteilt. Bei Demos gibt es Verhaftungen oder Beschlagnahmung von Dokumentationsmaterial. Inzwischen ist auch die Ausspähung von Daten und das Abhören von Telefonverbindungen keine Seltenheit mehr.

Bei öffentlichen Debatten werden die Teilnehmer*innen durch eine unverhältnismäßige Polizei- und Militärpräsenz eingeschüchtert. Beispielsweise wollte Professorin Rosa Acevedo Marin eine neue Studie „Die offenen Adern der großen Flussschlinge des Xingu“ (*As veias abertas da volta grande do Xingu*) im Rahmen eines zweitägigen Seminars an der Uni Belém vorstellen. Die Studie ist unter Mitwirkung von Reporter Brasil und Wissenschaftler*innen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen und analysiert Auswirkungen der geplanten Mine auf die Region. Belo Sun will südwestlich an die Volta Grande angrenzend im Tagebau (auf Portugiesisch „am offenen Herzen“) Gold gewinnen. Das zu erwartende Szenario ist aus der Region Carajás bekannt, wo man für den Eisenerzbau blühende Landschaften in riesige Krater verwandelt hat. Die geplante Mine würde die durch Belo Monte begonnene Zerstörung weiter vorantreiben und langfristig die Menschen vertreiben.

Während des Seminars war es zu Repression und Ausschreitungen durch den PSDB-Bürgermeister Dirceu Biancardi des Ortes Senador José Porfírio (Pará) gekommen, der zusammen mit 40-köpfiger Unterstützung und Polizeibegleitung das Seminar aufsuchte, um dort seine Unterstützung für den kanadischen Minenkonzern kundzutun und die Anwesenden einzuschüchtern. Die Wissenschaftler*innen der Bundesuniversität von Belém / Pará UFPA gaben in ihrer Anzeige bei der Bundesstaatsanwaltschaft an, dass sie gemeinsam mit den Teilnehmer*innen festgehalten worden seien, nachdem sie die Veranstaltung beendet hatten.

Wenige Tage zuvor war es zu einem ähnlichen Auftreten der grenzüberschreitenden Machtdemonstration des Politikers bei einer öffentlichen Anhörung in Vila da Ressaca, einem Dorf von traditionellen Goldgräbern, gekommen. Die Aktivist*innen u.a. des Bündnisses Xingu vivo para sempre befürchten, dass eine Unterbindung der Aufklärung über die gravierenden Folgen des Goldabbaus von Belo Sun das Ziel ist. Was nicht verwundert, wenn man sich die Faktenlage genauer ansieht: Das Goldvorkommen wurde an zwei Stellen

in je bis zu zweihundert Metern Tiefe festgestellt. Zwei riesige Gruben würden dafür ausgehoben werden, was wiederum entsprechend hohe Abraumberge zur Folge hätte. Zur Sicherung des Abraums wird der Bau eines weiteren Damms erwartet, der größer als der gebrochene Damm von Mariana würde. Unverständlicherweise beabsichtige Belo Sun zudem die Zusammenarbeit mit derselben Firma und demselben Ingenieur für Sicherheitsfragen, die bei der Umweltkatastrophe um den Dambruch von Mariana versagt haben. Der Goldabbau am Xingu hätte mit knapp 480 m³/Stunde einen enormen Wasserverbrauch, was bei der bereits durch Belo Monte entstandenen Wasserknappheit eine weitere Verschärfung für die Bewohner*innen der Region darstellen würde.

Mit dem Vorgehen werde neben gezielter politischer Einflussnahme außerdem die bis dato verfolgte Bildungspolitik öffentlicher Universitäten bewusst diskreditiert. Unter der linken Arbeiterpartei wurde bislang wenig vertretenen Gruppen (z.B. Indigenen, Quilombolas) der Zugang zu universitärer Bildung durch eine Quotenregelung ermöglicht. 17 neue Bundesuniversitäten und Stipendien ermöglichten einen deutlich gerechteren Bildungszugang als zuvor. Inzwischen sind die Stipendien abgeschafft und die Mittel für die Universitäten drastisch gekürzt. Damit geraten fortschrittliche Bildungspolitik und kritische Haltungen unter den aktuellen politischen Umständen an vielen Orten unter Beschuss. Zu unbequem sind womöglich den Regierenden die wissenschaftlichen Erkenntnisse. Zu unerwünscht die Vorstellung, Arbeiter*innen, Schwarze und Indigene in gut ausgebildeten Berufen wiederzufinden. Das neue Verbot von politischer Stellungnahme und Auseinandersetzungen im Schulunterricht (*scola sem partidos*) wird zusätzlich als Beschneidung von Meinungsfreiheit und Pluralismus gewertet.

Auch die Justiz beteiligt sich mit Urteilen an der Zurückdrängung von zivilgesellschaftlichem Protest. So wurde beispielsweise im Februar 2018 ein angemeldetes Protestcamp des MST in Porto Alegre verboten, das dort gegen die Verurteilung von Lula errichtet werden sollte.

In der Auseinandersetzung um die Kriminalisierung sozialer Bewegungen wird Partnern der internationalen Solidarität oft Indoktrination und Einflussnahme von außen vorgeworfen, beispielsweise im Kampf um indigene Rechte und Territorien.

Mit großer Sorge berichten soziale Bewegungen und Netzwerke über die Beschneidung von Meinungsfreiheit auch in künstlerischen Formaten einer offenen Gesellschaft.



Im September wurde das Queermuseum in Porto Alegre geschlossen, nachdem dort eine Performance eine Debatte um Pädophilie losgetreten hatte. Unter Einfluss evangelikaler Gruppen werden Kunst und Wissenschaft in ihrem Anspruch auf Offenheit und kritische Auseinandersetzung mit moralischen Kategorien überzogen und eingeengt. Kultursponsoren wie die Banco Santander weichen, wenn der Widerstand zu groß wird. Eine Hetzjagd auf LGBTIQ*-Bewegung und Künstler*innen beginnt, die bisweilen mittelalterliche Züge trägt. So wurde zum Beispiel in São Paulo eine Pappfigur von Judith Butler, einer der Vordenker*innen queerer Diskurse, von wütenden Demonstrant*innen verbrannt. Die amerikanische Professorin war eine der Mitorganisatorinnen der Veranstaltung „Demokratie am Ende“. Unterstellt wurde ihr das Einbringen von Gender-Themen in die Debatte. Mit Verboten und gewalttätigem Vorgehen werden wissenschaftliche, journalistische und künstlerische Auseinandersetzungen einer um Pluralismus und Offenheit kämpfenden Gesellschaft bedroht. Von verschiedenen Seiten geschieht eine bewusste Zuspitzung der Argumente und Meinungen. Die Absicht dahinter ist die Diskreditierung und Kriminalisierung von Menschen, die außerhalb der vermeintlichen weißen, elitären, patriarchalen und

heterosexuellen Norm leben. Identitätsfindung nach dem Diktat einer mächtigen Minderheit. Eine stabile Demokratie muss sich eine breitere Vielfalt leisten. ■

* Uta Grunert arbeitet seit 2008 in der KoBra-Geschäftsstelle in Freiburg.

Interview mit dem brasilianischen Journalisten und Medienaktivisten Adriano Belisário zu Krise, Kleptokraten und Kommunikation.

Brasilien in der Krise. Die schlechten Nachrichten reißen nicht ab. Gibt es aber trotz allem nicht auch ein paar Signale, die von einer politischen oder sozialen Erneuerung künden?

Es handelt sich schon um ein systemisches Problem. Letztendlich geht es ja darum, wie Brasilien politisch tickt. Und das ist in allen Bereichen spürbar, für jede und jeden auch im Alltag. Die historisch gewachsene Ungleichheit, die soziale Gewalt, mangelnde Zugänge und Perspektiven waren auch leider nie ganz verschwunden. Sie sind jetzt einfach wieder stärker präsent. So gesehen, ist es auch schwer, sich kurzfristig einen Ausweg aus der Krise vorzustellen.

„Es muss ja nicht immer über Parteien laufen!“

von Nils Brock*

Auch die »Linke« scheint ideenlos. Die einzige Hoffnung scheint zu sein, Lula wieder ins Präsidentenamt zu bringen.

Um die aktuelle Lage zu verstehen, ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass die Krise ihren Anfang im politischen und wirtschaftlichen Projekt der Arbeiterpartei (PT) hat; diese ordnet sich nach wie vor als »links« im politischen Spektrum ein. Sie versprach einen Ausweg aus der konservativen Vergangenheit. Ihr Rezept war eine an Wachstum orientierte Entwicklung. Auf diesem Weg paktierte sie jedoch immer mehr mit den oligarchischen Kleptokraten des Landes und ließ sich von ihnen einwickeln. Am Ende organisierten diese dann das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff und übernahmen folglich die politischen Geschäfte. Seitdem hat sich in der parteipolitischen Landschaft nicht viel getan. Neue, progressive Vorschläge, die landesweit Einfluss haben könnten, sehe ich bisher nicht; sondern lediglich nur einige punktuelle, kollektive Anstrengungen. Aber es muss ja auch nicht immer über Parteien laufen, es gibt ja auch andere Formen, erfolgreich Politik zu machen.

Derweil beeilt sich die amtierende »Rechte« Budgetkürzungen durchzustimmen, das Sozialsystem auszudünnen und dem Agrobusiness den Weg zu bereiten.

Alles geht zwar rasend schnell, geschieht aber gleichzeitig sehr öffentlich. Warum gibt es nicht mehr Widerstand?

Um die fehlenden Proteste auf der Straße zu erklären, ist es nötig, ins Jahr 2013 zurückzuschauen. Damals gab es in ganz Brasilien nie dagewesene Massendemos für Grundrechte und einen politischen Wandel. Diese Bewegung wurde gleichfalls von »linken« sowie »rechten« Regionalregierungen unterdrückt. Von diesem Zeitpunkt an lässt sich gut der rasche Aufstieg konservativer Gruppierungen beobachten, der dann in den Protesten gegen die PT und der Amtsenthebung von Rousseff gipfelte. Unabhängig davon, wie stark dieser Prozess manipuliert und gesteuert wurde, ein guter Teil der brasilianischen Bevölkerung steht der PT kritisch gegenüber, was sie nicht automatisch zu Befürworter*innen der aktuellen Regierung unter dem Präsidenten Michel Temer von der PMDB macht. Viele von ihnen unterstützten ebenfalls die Proteste, die unter dem Motto „Temer weg“ standen.

Aber diese Demos sind lange abgeebbt...

Es ist eben nur schwer zu vermitteln, warum die PT-Führung nur wenige Monate nach dem Amtsenthebungsverfahren bei Regionalwahlen bereits wieder mit der PMDB koalitiert. Und selbst Lula signalisierte vor kurzem, dass es wieder einen Dialog mit den „früheren Verbündeten“ gäbe. Ich denke, all das kratzt an einer glaubwürdigen Repräsentativität und erklärt zum Teil auch, warum es derzeit keine Massendemos für die PT oder gegen die amtierende Regierung gibt. Vielmehr macht sich die Erkenntnis breit, dass andere Formen des Widerstands, politischer Analysen und Aktionen entwickelt werden müssen. Und das wird irgendwann hoffentlich auch sichtbare Wirkungen haben.

Die PT und vor allem Dilma Rousseff treten gegenüber der internationalen Presse oft als Opfer einer »rechten« Verschwörung auf und weisen jegliche Kritik von sich zurück. Gibt es in Brasilien mehr Räume für Debatten, die auch offen der interessanten Frage nachgehen, was bei vergangenen von der Arbeiterpartei (PT) geführten Legislaturperioden falsch lief?

Nein, die gibt es leider nicht. Im Gegenteil, das einzige politische Programm, das Lula verkündet, ist eine Rückkehr zum »Lulismus«; Dieser symbolisiert den Versuch, alte Pakte und Bündnisse zu rekonstruieren sowie (alt)neue Projekt aufzulegen.

Überaus erfolgreich in den letzten Monaten und Jahren waren zwei Politiker, die der sogenannten evangelikal

Fraktion im Kongress angehören. Der Oberbürgermeister von Rio de Janeiro, Marcelo Crivella, und der Kongressabgeordnete Jair Bolsonaro, der für die Präsidentschaft kandidieren will. Wie ist der Aufstieg dieser neuen »religiösen Rechten« zu erklären?

Es war ein langsamer Aufstieg. Die »evangelikalischen Kirchen« haben in den letzten Jahrzehnten in Brasilien unheimlich viele neue Anhänger*innen gewinnen können. Zweifellos gibt es viele erpresserische und ausbeuterische Praktiken, die dazu beigetragen haben, dieses ökonomische und politische Imperium aufzubauen. Aber, Fakt ist, dass diese Kirchen, abgesehen von individuellen Glaubensfragen auch Angebote im Bereich der Seelsorge und karitativen Arbeit gemacht haben – vor allem für die bedürftigsten Teile der Bevölkerung, in Favelas, am Stadtrand, in Gefängnissen, indigenen Gemeinden, usw. Der Staat hat diese Menschen nicht immer erreicht oder sogar direkt ihre Rechte verletzt und beschnitten.

Und wie ist daraus ein politisches Projekt geworden?

Der wachsende Einfluss an der Basis hat die »Evangelikalen« darin bestärkt, sich auch in parlamentarische Prozesse einzumischen. Parteiübergreifend organisieren sie eine eigene Fraktion, die sogenannte *bancada evangélica*. Seit Jahren ist diese im Kongress eine mächtige Größe. Die letzten Wahlen zeigen, dass die »Evangelikalen« weiter auf dem Vormarsch sind und es ihnen gelingt, immer mehr politische Ämter zu erobern. In diesem Sinne war die Wahl von Crivella als Oberbürgermeister von Rio de Janeiro eine wichtige Zäsur für die Kirche, die hinter ihm steht, die Igreja Universal do Reino de Deus. Ihr nächstes Ziel wird sein, die brasilianische Präsidentschaft zu übernehmen.

Aber hätte denn Bolsonaro wirklich Chancen die Präsidentschaftswahl dieses Jahr zu gewinnen. Stellt er nicht ein mediales Schreckgespenst dar?

Ich denke schon, dass er Chancen hat. Sein politischer Diskurs repräsentiert tatsächlich einen Teil der Gesellschaft. Die sogenannten großen Medien stehen seiner Politik jedoch viel kritischer gegenüber als die der »alten Rechten«. Deshalb wird Bolsonaro auch nicht müde, von einer kommunistischen Verschwörung zu fabulieren. Alles was über ihn geschrieben wird, seien *Fake News*. Ähnlichkeiten mit aktuellen Debatten in den USA und der Präsidentschaft von Donald Trump sind offensichtlich.

Bleiben wir bei den »großen Medien«: Diese standen den progressiven Momenten der PT-Politik ja meist sehr ablehnend gegenüber. Wie lässt sich nun ihre Haltung nach

der Absetzung von Rousseff beschreiben? Sind die Medien noch aggressiver als vorher oder haben sie sich in ihrem Meinungsspektrum eher geöffnet? Werden widerstreitende Interessen sichtbar?

Was die wirtschaftspolitische Agenda der Regierung Temer angeht, gibt es ganz klar eine unterstützende Haltung in den Leitartikeln der großen Medien. Die finden etwa Austeritätspolitik gut. Was jedoch die politischen Analysen der Regierung angeht, da treffen sie sich eher in einer negativen Berichterstattung.

Es gab einen Moment, da schienen sie sich nicht so einig. Die Tageszeitung O Globo sprach sich offen für eine Absetzung von Präsident Temer aus. Doch ihm gelang es, im Amt zu bleiben...

Ein gutes Beispiel, das zeigt, dass der Begriff »Medienmonopol« eher verwirrend ist. Es gibt viele heterogene Interessen in diesem Sektor. Wir sollten auch daran erinnern, dass sich O Globo im Jahr 2015 zunächst gegen die Absetzung von Rousseff aussprach, dann knickten sie ein und forderten plötzlich ihre Absetzung. Aber das erklärt nicht, warum Rousseff gestürzt wurde und Temer bisher weiter im Amt bleibt. Der Grund ist der brasilianische Kongress. Schließlich sind die dortigen Mehrheiten entscheidend. Und während Michel Temer dort öffentliche Mittel für private Interessen verteilt, hat er auch weiterhin eine breite Unterstützung der Abgeordneten und Senator*innen sicher.

Was sind derzeit gedruckte oder Online-Publikationen in Brasilien, die ihre Leser und Leserinnen unabhängig informieren?

Ich bin da etwas befangen, weil ich ja auch veröffentliche. Aber ich würde sagen, die Agência Pública ist ein unabhängiges Medium. Und es gibt in Rio und São Paulo noch einige andere, wie die Plattform *Agrega.la* (<http://agrega.la/>). Um sich genauer zu informieren, empfehle ich einen Blick auf die Karte unabhängigen Journalismus, die die Agência Pública erstellt hat: <https://apublica.org/mapa-do-jornalismo/>

Was ist aus den ehemals so gehypten Midia Ninjas geworden?

Keine Ahnung, deren Inhalte lese ich nicht.

Und wie geht es der EBC, der staatlichen brasilianischen Rundfunkgesellschaft. Die waren ja eher PT-nah und stehen nun einer »rechten« Regierung gegenüber.

Ja, die haben es schwer. Sie haben viel an Autonomie verloren und mussten viele Budgetkürzungen hinnehmen.

Von Inhalten abgesehen, gibt es in Brasilien ja auch viele Medieninitiativen, die die Grundlagen der Datenübertragung und elektronischen Kommunikation demokratisieren wollen. Angefangen bei den Freien Radios wie Rádio Muda, dessen Türen kürzlich von Unbekannten mit Zementblöcken zugemauert wurden. Fast schon eine Allegorie...

Ja, ganz sicher. Andererseits gab und gibt es aber auch positive Entwicklungen. Die Netzneutralität im Rahmen des brasilianischen Internet-Grundrechtekatalogs hat weiterhin Bestand, trotz einiger Versuche, sie abzuschaffen. Wobei, nach der neuerlichen Entscheidung der Regulierungsbehörde in den USA, dort die Netzneutralität abzuschaffen, wird dieser Konflikt sicher wieder aufflammen.

Du selbst bist neben deinen journalistischen Tätigkeiten ja auch Teil eines Kollektivs, das die Schaffung lokaler digitaler Netze fördert.

Ja, mit Coolab (<http://coolab.org>) unterstützen wir Gemeinden beim Aufbau ihrer eigenen digitalen Infrastruktur, sowohl mit

finanziellen Mitteln als auch mit technischer Unterstützung. Unser Fokus sind vor allem Gemeinden, die von staatlichen oder privaten Initiativen nicht bedacht werden und deshalb ohne Internetanschluss oder eigene Netze bleiben. Es ist wichtig, sich nicht abhängig von den großen Providern zu machen, denn deren Dienstleistungen betreffen direkt Sicherheitsfragen, politische Autonomie und das Recht auf Kommunikation. Würde zum Beispiel die Netzneutralität fallen, dann stünden viele kleinere Online-Medien vor der Gefahr, ihre Inhalte nicht mehr so schnell und so gut sichtbar wie bisher verbreiten zu können.

Und wie kann man dieses Medienmachen von unten von Deutschland aus unterstützen?

Indem Menschen unsere Arbeit verfolgen, übersetzen, Inhalte teilen, Spenden sammeln, Dialoge aufbauen, Wissen austauschen und vieles mehr. ■

* Nils Brock ist freier Autor, Forscher, Medienentwickler und seit 15 Jahren Mitarbeiter des Nachrichtenpools Lateinamerika (NPLA).



Jair Bolsonaro liegt in allen Umfragen zu den diesjährigen Präsidentschaftswahlen in Brasilien auf dem zweiten Platz – in Szenarien ohne Lula sogar auf dem ersten. Der Artikel will zeigen, warum es am Kern des Problems vorbeigeht, wenn man Bolsonaro als „rechtskonservativ“ oder „Rechtspopulist“ verharmlost.

Am 16. April 2016 stimmte das brasilianische Abgeordnetenhaus über das Amtsenthebungsverfahren gegen die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff ab. Der Abgeordnete Jair Bolsonaro votierte für die Amtsenthebung

Ein Faschist ist ein Faschist ist ein Faschist Einige Anmerkungen über Jair Bolsonaro

von Thomas Fatheuer und Christian Russau*

– und widmete seine Stimme dem Coronel Carlos Alberto Brilhante Ustra, „dem Schrecken Dilmás“, wie Bolsonaro ihn triumphierend titulierte. Ustra war in den Zeiten der Militärdiktatur der Folterer Dilmás.

Als Bolsonaro seine Stimme Ustra widmete, wurde deutlich, dass alte Kämpfe noch lange nicht beendet sind. Denn Jair Bolsonaro ist nicht irgendein verrückter Abgeordneter. Er gilt inzwischen als ernsthafter Kandidat für das Amt des Präsidenten. Gewählt wird im Oktober 2018, und zu Beginn des Jahres liegt Bolsonaro in allen Umfragen hinter Ex-Präsident Lula da Silva auf dem zweiten Platz. Etwa 18 Prozent der Brasilianer*innen wollen Bolsonaro ihre Stimme geben. In allen Umfragen erscheint er weit vor anderen Kandidaten des Mitte-Rechts-Spektrums. Wie auch immer man das Phänomen Bolsonaro einschätzen mag – er markiert die wachsende Bedeutung einer aggressiven und extremen Rechten in der brasilianischen Politik.

Zahlreiche Äußerungen Bolsonaros zeigen seine faschistische Gesinnung. „Wenn ich gewählt werde, da gibt es keinen Zweifel, würde ich am selben Tag putschen. Es ist ja der Präsident, der entscheidet, also soll man gleich eine Diktatur errichten“, sagte Jair Bolsonaro im Mai 1999 im TV Bandeirantes. „Mit Wahlen ändert man in diesem Land hier nichts. Es wird sich leider nur etwas ändern, wenn wir in den Bürgerkrieg ziehen. Und den Job zu Ende bringen, den die Militärdiktatur nicht gemacht hat: 30.000 dieser Marginalen umbringen“, fuhr er fort, um dann zu erklären: „Ich bin für die Folter.“ Doch es geht bei Bolsonaro immer noch einen Zacken extremer. Im Juli 2016 erklärte er: „Der Fehler der Diktatur war, dass sie gefoltert und nicht getötet

haben.“ Und: „Das Erschießen ist für gewisse Personen sogar noch eine Ehre.“ Und: „Ein Polizist, der nicht tötet, ist kein Polizist.“

Dieses Weltbild gesellt sich zu Bolsonaros unzähligen Äußerungen, die vor Rassismus, Indigenen- und Quilombolafeindlichkeit, vor Sexismus und Frauenfeindlichkeit, vor Schwulen-, Lesben- und Trans*feindlichkeit nur so triefen.

Über fünf Millionen Menschen haben bei Facebook den Ex-Fallschirmspringer Bolsonaro geliket, auf Twitter folgen ihm 875.000 Menschen. Im Dezember vergangenen Jahres ließ

sich Ronaldinho, eine der größten Fußballer-Ikonen aller Zeiten, zusammen mit Bolsonaro ablichten. Der zweimalige Weltfußballer vom FC Barcelona und tragende Spieler beim WM-

Sieg 2002 hielt dabei lächelnd ein Buch von Bolsonaro in der Hand und weigerte sich das Gerücht zu dementieren, er trete eventuell für Bolsonaros Partei bei den nächsten Wahlen an. Die 18-Prozent-Zustimmung für Bolsonaro darf aber nicht den Eindruck erwecken, dass er im gleichen Maße politische Sympathie bei der Bevölkerung genieße. Viele wollen ihn wählen, weil sie ihn nicht zur korrupten Politiker*innenkaste rechnen. Von Vielen ist auch zu hören, Bolsonaros Aussagen lehnten sie zwar ab, aber dennoch sei er vielleicht der Richtige, um „aufzuräumen im Lande“, dazu brauche es zwei, drei, vier Jahre und dann solle er wieder abgewählt werden. Hier scheint der alte Traum nach starker Hand zu sprechen, den die Frankfurter Schule in ihrer Theorie des autoritären Charakters zu beschreiben versucht hat.

Wieso wird ein Bolsonaro, der in seinem politischen Programm aus Mord, Folter und Totschlag, der aus seiner Demokratiefeindlichkeit und seinem Hass auf alles, was er als anders wahrnimmt, keinen Hehl macht, in Medien oftmals verharmlost? In der Tagesschau und im Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) wird er als „rechtskonservativ“ beschrieben, die Süddeutsche und Die Welt umschrieben ihn als „Rechtspopulisten“.

Bolsonaro kann man zurecht als Faschisten bezeichnen. Woher rührt diese gleichsam ängstliche Zurückhaltung, den Faschismus nicht mehr als solchen zu benennen? Nur weil sie heute geschickt bei Wahlen antreten und sich in dieser Hinsicht formal auf den demokratischen Aushandlungsprozess mittels Wahlen einlassen? „Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der

Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten“, wusste schon Theodor W. Adorno. Bolsonaros Aufstieg macht auch deutlich, dass die Kämpfe der Gegenwart mit der Interpretation der Vergangenheit auf Engste verbunden sind – wie der Fall der Familie Teles zeigt. Denn die hat in Brasilien etwas erreicht, was zuvor niemandem gelungen war. Und das hat mit dem eingangs erwähnten Coronel Carlos Alberto Brilhante Ustra zu tun. Coronel Ustra war von September 1970 bis Januar 1974 unter dem Codenamen „Major Tibiriçá“ Chef des berüchtigten Folterzentrums „Sonderkommando für Informationsoperationen – Zentrum für Untersuchungen der inneren Verteidigung“ (DOI-CODI) in São Paulo gewesen. Im Jahre 1972 hatte er dort, neben vielen anderen, auch Maria Amélia de Almeida Teles – Amelinha von allen genannt – und ihren Mann, César Augusto Teles, monatelang schwer gefoltert.

36 Jahre später erreichte die Familie Teles vor Gericht die erste und bisher einzige Verurteilung eines Täters der Militärdiktatur überhaupt. Und das kam so: Die Familie Teles engagiert sich seit Jahrzehnten in der Bewegung der Opfer der Militärdiktatur. Der Kampf um das Andenken an die Gefolterten und Ermordeten ist für die Familie Teles immer auch ein Kampf um die Interpretation der Geschichte. Denn für sie ist das Erbe der Militärdiktatur bis heute wirksam. Hartnäckig hält sich das Narrativ, die brasilianische Militärdiktatur sei – im Gegensatz zu den brutalen Regimen in Chile und Argentinien – eine gemäßigte Diktatur gewesen und Mord und Folter nur isolierte Exzesse von Teilen der Repressionsorgane. Das sehen die Angehörigen anders. Und die unzureichende Aufarbeitung der Diktatur hat Konsequenzen, die bis heute reichen.

„Seit dem Ende der Militärregierungen geht es in Brasilien darum, die Demokratie wiederherzustellen“, stellt Janaína Teles, die Tochter von Amelinha und César, fest. „Nicht zufällig bezeichnen seitdem die Angehörigen der Toten und Verschwundenen die institutionalisierte Folter als das schlimmste Erbe der Diktatur.“

Tatsächlich hat sich Brasilien mit der Aufarbeitung seiner Vergangenheit schwer getan. Erst sehr spät wurde eine Wahrheitskommission eingerichtet. „Es gab mehr Entschädigungen als Erinnern“, konstatiert Janaína. Mit ihrem Insistieren auf der politischen Bedeutung der Erinnerung, der *memória*, lagen die Familie Teles und andere Angehörige quer zu dem politischen Mainstream. Auch für weite Teile der Linken war das 1979 verabschiedete Amnestiegesetz ein Schlussstrichgesetz, das sowohl die Verbrechen der Militärs wie die Aktionen der bewaffneten

Opposition vor Strafverfolgung schützte. Als daher trotz Amnestiegesetz die Familie Teles gegen ihren Folterer vor Gericht zog, hat dies auch im linken Lager nicht nur für Zustimmung gesorgt.

Dass die Klage gegen Ustra überhaupt zugelassen wurde, war bereits ein großer Erfolg, und die Verurteilung wegen Folter im Jahre 2012 eine politische Sensation und eine späte Genugtuung für die Familie Teles. Sie bekam Recht mit ihrer Argumentation, dass Folter ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und daher weder durch Amnestie noch durch Verjährung von juristischer Verfolgung ausgeschlossen ist. Dabei war es kein Strafprozess, sondern eine zivilrechtliche Feststellungsklage. Nicht Bestrafung oder Verurteilung zu zivilrechtlicher Entschädigung etwa war das Ziel des Prozesses, sondern nur die juristische Klärung der Frage, ob die Familie Teles den Folterer Ustra einen Folterer nennen darf. Das Gericht befand: Der Folterer Ustra darf Folterer genannt werden. Die Verurteilung Ustras war ein wichtiger erinnerungspolitischer Einschnitt – und machte die Familie Teles in rechten Kreisen zum Hassobjekt. Drohungen und Hassmails gehören nun zum Leben der Familie.

Der Aufstieg Bolsonaros zu einem ernsthaften Präsidentschaftskandidaten rückt den Kampf um das Gedächtnis, um die *memória*, wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Für Janaína Teles ist die Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die Akzeptanz der „Schlussstrich“-Ideologie ein schwerer Fehler von Teilen der Linken gewesen. Der Aufstieg Bolsonaros macht nun deutlich, wie aktuell die Vergangenheit für die aktuellen Kämpfe in Brasilien ist. Denn mit Bolsonaro ist erstmals nach dem Ende der Militärdiktatur wieder ein, nennen wir es beim Namen: ein Faschist als ernstzunehmende Gefahr im politischen Spektrum Brasiliens präsent und erringt in den Medien erstaunlich viel Öffentlichkeit. Dem Recht, den Folterer Folterer zu nennen, muss die Einsicht folgen, den Faschisten als Faschisten zu bezeichnen. ■

* Thomas Fatheuer ist KoBra-Vorstand. Von 2003 bis 2010 in Brasilien leitete er das Büro der Heinrich Böll Stiftung in Rio de Janeiro. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Green Economy und dem brasilianischen Entwicklungsmodell.

* Christian Russau ist Autor und Journalist und schreibt unter anderem für die Lateinamerika Nachrichten in Berlin.



Im Fokus der Debatte um Privatisierung in Brasilien standen in der Vergangenheit große Unternehmen wie das Ölunternehmen Petrobras oder die brasilianische Elektrizitätsgesellschaft Eletrobras. Auch Finanzinstitutionen wie die Banco do Brasil oder die Caixa Econômica Federal

Bis zum letzten Tropfen: Ausverkauf des brasilianischen Wassers

von Fabian Kern*

werden von der Putsch-Regierung Temer ins Visir genommen, um das enorme Haushaltsdefizit auszugleichen. Anlässlich des im März stattfindenden Weltwasserforums wollen wir uns aber an dieser Stelle mit der Privatisierung der Wasserversorgung beschäftigen.

Ein großes Beispiel für die geplanten Privatisierungen sind die Wasserversorgungen in den beiden Großstädten São Paulo und Rio de Janeiro. Viele von uns erinnern sich vermutlich an die große Wasserkrise 2014/2015, als Millionen Brasilianer*innen insbesondere im Großraum São Paulo vorübergehend von der Wasserversorgung abgeschnitten wurden. Der Vorwurf stand im Raum, dass es während des Wahlkampfes nicht zu Rationierung des Wasserverbrauchs habe kommen dürfen, um negative Schlagzeilen zu verhindern. Deshalb wurden 2014 die Stauseen rigoros leergepumpt bis sie teilweise bei unter 3 %

ihres Fassungsvermögens angelangt waren. Der staatlichen Wassergesellschaft Sabesp wird vorgeworfen, dass knapp ein Drittel des Wassers, das sie aus den Stauseen entnimmt, auf dem Weg zum Kunden verloren geht. Mit dieser Wassermenge könnte ganz Rio de Janeiro versorgt werden (siehe auch *Brasilicum* 237, S12 ff). Es kann also nicht behauptet werden, dass die staatlichen Wasserversorger bisher eine großartige Arbeit leisten. Allerdings verspricht die Aussicht auf eine Privatisierung keine aufwändigen Sanierungsmaßnahmen der Leitungssysteme insbesondere in ärmeren Stadtteilen. Trotz dieser widrigen Bedingungen erhoffen sich die Privatisierungs-Befürworter*innen 10 Milliarden R\$ Gewinn durch einen Verkauf des Unternehmens. Mit seiner praktischen Monopolstellung könnte das Unternehmen dann auch die Preise frei gestalten, zu Lasten derjenigen, die diese Preise dann nicht mehr bezahlen können. Eine *medida provisória* (MP), die kürzlich vom Ministerium der Städte vorgeschlagen wurde, sieht die verpflichtende Ausschreibung von Wasserversorgungsnetzen vor. Bisher sind Städte mit öffentlichen Wasserversorgern von dieser Ausschreibungspflicht ausgenommen. Kritiker*innen der MP befürchten, dass dadurch nur lukrative Teile der Wasserversorgung privatisiert würden und die unrentablen Teile bei den Staatsbetrieben verbleiben. Bisher gibt es aber eine Querfinanzierung der peripheren Netze, zum Beispiel in der Baixada Fluminense durch die Innenstadtnetze der Stadt Rio de Janeiro.

Weltweit geht der Trend eigentlich weg von der Privatisierung und hin zur Re-Kommunalisierung der Wasserversorgung. In einer im Juni 2017 veröffentlichten Studie wurden 267 Fälle von „Verstaatlichung“ der Wasserversorgung seit der Jahrtausendwende dokumentiert. Die an der Studie "Remunicipalisation" des Instituto Transnacional (TNI) beteiligte Wissenschaftlerin Satoko Kishimoto warnt vor der Privatisierung der Wasserversorgung. Bevor eine Entscheidung für eine Privatisierung getroffen werden kann, braucht es in jedem Fall detaillierte technische und finanzielle Analysen, die die Grundlage für eine breite Debatte bilden, an deren Ende dann eventuell die Privatisierung steht.

Ganz anders läuft es derzeit in Rio de Janeiro ab. Der hoch verschuldete Bundesstaat Rio de Janeiro musste der Zentralregierung versprechen, den staatlichen Wasserversorger Cedae zu privatisieren, um damit Schulden gegenüber Brasilia zu tilgen. Im Fall von Cedae würde Rio de Janeiro ein finanzielles Filet-Stück verkaufen, das 2016 einen Gewinn von 379 Millionen R\$ auswies. Dezeit läuft noch immer ein Rechtsstreit, aber die Regierung von Rio de Janeiro hält an ihrer beabsichtigten Privatisierung noch in diesem Jahr fest. Die Cedae ist allerdings nicht nur für die Aufbereitung des Leitungswassers für die Bevölkerung zuständig, sondern auch für die Behandlung der Abwässer. Seit mehr als 25 Jahren wird versprochen, die Guanabara-Bucht, die zwischen Niteroi und Rio de Janeiro mit dem Meer verbunden ist, von den Abwässern der Millionen Anreiner zu reinigen. Natürlich verschmutzen nicht nur die Abwässer der Cariocas die Guanabara Bucht. In der Bucht ist ein Großteil der brasilianischen Erdölindustrie zu Hause und große Tanker entleeren ihre Ballasttanks mit potentiell schmutzigem Wasser in der Bucht. Schon 1997 versuchte der damalige Gouverneur Marcello Alencar die Firma an zwei französische Interessenten zu verkaufen, was aber an einem Einspruch des Obersten Bundesgerichts scheiterte.

Warum es sehr wichtig ist, die Folgen einer Privatisierung genau abzuschätzen, zeigt das Beispiel Berlins. Dort wurde 1999 knapp die Hälfte der Berliner Wasserbetriebe (BWB) privatisiert. Eine sehr unpopuläre Maßnahme, die durch einen Volksentscheid 2011 rückgängig gemacht wurde. Danach war das Land Berlin gezwungen, die an die Wassergesellschaft für 1,3 Milliarden € verkauften Anteile zurückzukaufen.

Aber nicht nur die Wasserversorgung bzw. Abwasserreinigung in den Großstädten wird privatisiert. Nahe der Grenze zwischen den Bundesstaaten Minas Gerais und Rio de Janeiro liegt die Kreisstadt São Lourenço. Die rund 40 000 Einwohner*innen zählende Gemeinde ist im ganzen Land für ihr Mineralwasser

bekannt, das bereits seit 1890 verkauft wird. Vor 20 Jahren übernahm Nestlé die Förderung an der Fonte Primavera, die mit ihrem kohlen säure- und eisenhaltigen Wasser den Rohstoff für die Marke „Pure-Life“ bildet. Dabei extrahiert der schweizer Großkonzern zunächst alle Mineralien durch einen umgekehrten Osmosefilter aus dem Wasser und fügt ihm später Mineralien in einem speziellen Verhältnis hinzu. Unter Missachtung verschiedener Gesetze pumpte Nestlé allerdings so viel Wasser aus dem Boden, dass es zu ernststen Folgen für die Umwelt kam: Der Grundwasserspiegel des Wasserparks senkte sich, eine andere Quelle in der Nähe versiegte, Quellengebäude des Wasserparks bekamen Risse und das Wasser verschiedener anderer Quellen veränderte sich im Geschmack.

Das Beispiel São Lourenço ist vielleicht nur die Schablone für ein weitaus größeres Projekt, das seit langem debattiert wird. Die Ausbeutung des 1.200.000 Quadratkilometer großen Grundwasserleiters „Aquífero Guarani“ wird seit 2003 vom „Projekt für den Schutz und die Nachhaltige Entwicklung des Systems Aquífero Guarani“ vorbereitet. Das zwischen 50 und 1.500 Meter tief liegende Süßwasser ist eines der drei größten Vorkommen von Süßwasser auf der ganzen Welt. Entsprechend stark sind die wirtschaftlichen Interessen an der Erschließung und der zukünftigen Ausbeutung der Reserven. Wie ein hochrangiger Funktionär der staatlichen Wasserbehörde ANA im Jahr 2016 gegenüber dem Correo do Brasil berichtete, hat die Regierung Temer den „Aquífero Guarani“ in ihre Liste des zu privatisierenden Staatsbesitzes aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund ist die Besetzung des einzigen öffentlichen Podiums von de-facto Präsident Temer beim World Economic Forum in Davos im Januar 2018 sehr gut nachvollziehbar. Brasiliens Präsident saß dort mit dem Gouverneur von São Paulo, dessen Bundesstaat ebenfalls Teile des „Aquífero Guarani“ einschließt, neben Vertreter*innen der beiden brasilianischen Banken Itau und Bradesco und dem CEO von Nestlé, Paul Bulcke.

Die Privatisierung der Wasserversorgung und auch der Wasserreserven Brasiliens bleibt also ein heißes Thema für das im März stattfindende Weltwasserforum in Brasilia. ■

* Fabian Kern arbeitet seit 2014 in der KoBra Geschäftsstelle und produziert den monatlichen Podcast +1C@fé, dessen Februar 2018 Ausgabe sich ebenfalls dem Thema Wasser widmet. Podcast-Website: www.noch1cafe.org

WDR Video zur Wasserprivatisierung in São Lourenço:
<https://www.kooperation-brasilien.org//00171>

Kann Kunst den Blick auf die Welt verändern und damit eine politische Dimension erreichen? Joseph Beuys, politische Theatermacher wie Augusto Boal und andere haben daran geglaubt, zeitgenössische Dichter und Schriftsteller wie Luiz Ruffato ebenfalls. Was aber ist ein Erdschollenarchiv?

Seit 1997 dokumentiert die Künstlerin Betty Beier den

Politische Kunst Erdschollenarchiv dokumentiert Zerstörung im Amazonasgebiet

von Uta Grunert*

Verlust von Landschaften und die Rebellion dagegen in einem Archiv mit dreidimensionalen Erdschollen. Mit Hilfe eines aufwändigen Verfahrens konserviert sie in ausgewählten bedrohten Landschaften jeweils einen Quadratmeter der Erdoberfläche. Ein Abdruck verschwindender Lebenswirklichkeit kann so festgehalten und vor der absehbaren Zerstörung gerettet werden.

Ich habe Betty 2015 beim Bündnis *Xingu vivo para sempre* in Altamira kennengelernt. Von dort aus wurde der Widerstand gegen Belo Monte koordiniert. Der Bau des Staudamms war längst politisch durchgedrückt, die Bauarbeiten liefen auf Hochtouren, der Fluss noch nicht gestaut. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Uferstreifen zwischen dem Megastaudamm und der Stadt Altamira mit schweren Maschinen gerodet und abgebrannt. Von Altamira aus sah man auf die vorgelagerte Insel Arapúja, die inzwischen nach

der Flutung im Wasser versunken ist. Sie erinnere sich an aufwändige Rodungen mit schweren Maschinen und einen tagelangen Ascheregen, sagt Betty Beier, mit der ich mich über ihr Projekt unterhalten habe.

Um auf dem Fluss näher an die Baustelle heranzukommen, nehmen wir gemeinsam ein Boot, das an einer Stelle umgesetzt werden muss, weil der Ableitungsdamm unsere

Weiterfahrt blockiert. In unmittelbarer Nähe der Staumauer will Betty einen Abdruck machen. Nach kurzer Zeit wird sie von einem Mitarbeiter der Sicherheitsfirma vertrieben, die das Gelände weiträumig kontrolliert. Raimundo, der Bootsführer fährt uns ein Stück in die Volta Grande hinein. Zum Erstaunen der Brasilianer*innen arbeitet Betty zur heißesten Zeit

des Tages, wo andere eine Abkühlung im Fluss oder eine Siesta vorziehen. Interessiert haben brasilianische Studierende, Fotograf*innen und der Bootsführer Raimundo sie bei ihrer Arbeit begleitet. An sorgsam ausgesuchter Stelle setzt Betty Beier einen Rahmen, der mit Abformmaterial ausgefüllt wird. Es entstehen plattenartige Abdrücke mit Resten der natürlichen Oberfläche, die wir nach Trocknung auf dem Boot nach Altamira zurücktransportieren. Am Ende werden sie nach Deutschland verschifft. Dort wird das Ganze im Atelier mit Kunststofftechnik abgezogen und in Kunstharz oder Acryl fixiert. Betty hat den Anspruch, Pflanzenmaterial und Farben originalgetreu zu zeigen, was wiederum spezielle Konservierungstechniken und Färbeprozesse voraussetzt, ehe das fertige Objekt ausgestellt werden kann. Ihr Atelier erinnert daher ein wenig an ein Labor. Die Vollendung des Kunstobjekts dauert

bis zu einem Jahr.

2018 wird die in der Pfalz lebende Künstlerin im Rahmen einer Einzelausstellung erstmalig ihre Eindrücke vom Rio Xingu im Amazonasgebiet in Freiburg zeigen. 2014-2016 arbeitete sie jährlich mehrere Wochen in Altamira, an den Uferlandschaften des Flusses Xingu und im Umfeld der Großbaustelle des Megastaudamms Belo Monte. Ihre künstlerische Arbeit mit den Erdschollen erfordert, dass sie sich intensiv mit dem Boden, der Landschaft und den



Menschen beschäftigt, genau hinsieht und die Erzählungen der lokalen Bevölkerung einfängt. „Der Boden wird vom Menschen selten wahrgenommen“, sagt die Künstlerin, „dabei ist er ein Spiegel unserer Zeit“. Über frühere Erdschollenprojekte im Umfeld von Staudambauten in Island und China war sie auf das umstrittene Entwicklungsvorhaben im Amazonasgebiet aufmerksam geworden, bei dem mehr Boden bewegt wurde als bei der Entstehung des Panama-Kanals. Ein derart drastischer Eingriff durch den Menschen in die Erdoberfläche und Landschaft bleibt nicht folgenlos. Allerdings werden die Folgen oft beschönigt oder heruntergespielt. „Die offenen Adern des Rio Xingu¹“ lautet eine aktuelle wissenschaftliche Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brasilien. Sie zeigt auf, wie das Staudammvorhaben andere Unternehmen mit ihren Rohstoffinteressen in die Region lockt. Die kanadische Firma Belo Sun will in der Region Gold im Tagebau abbauen. Die Vorkommen grenzen südwestlich an die *volta grande* an. Dass dieser Teil des Xingu durch die Flussableitung in Zukunft nur noch 80% des bisherigen Wassers führen wird, kommt der Minengesellschaft entgegen. Eine Goldmine wird erneut schwere Folgen für die lokale Bevölkerung haben, die schon beim Staudambau übergangen worden ist. Bettys Erdschollen dokumentieren gemeinsam mit Foto-, Film- und Audiomaterial ein Stück Zeitgeschichte, einen Zwischenstand politischer und wirtschaftlich motivierter Unrechtmäßigkeit und tragen diesen in Museen und Ausstellungen.

Ihre Arbeit thematisiert beispielsweise die erzwungene Umsiedlung von Antônia Melo, die neben Bischof Erwin Kräutler eine der zentralen Figuren des Widerstands gegen das Großprojekt darstellt. Jahrelang hatte sie gegen das Monsterprojekt und für die Rechte der betroffenen Bevölkerung gekämpft, sich zur Anwältin der Fischer*innen, gemacht, für die sich die Voraussetzung zum Überleben mit einem gestauten und teilweise abgeleiteten Fluss völlig verändert hat. Wasserqualität, Umwälzung und Sauerstoffgehalt ändern sich, wenn der Fluss nicht mehr frei fließen darf. Flussanwohner*innen, die in der fruchtbaren Flussaue kleinbäuerliche Landwirtschaft betrieben und ein enges Verhältnis zu jedem Baum hatten, der sie ernährte. Indigene und andere Bewohner*innen der großen Flussschleife (*volta grande*) weiter im Süden, denen man durch die Ableitung für das Betreiben der Turbinen das Wasser abgegraben hat. Als Betty sie 2016 besucht, ist es für den Bootsführer wegen des gesunkenen Wasserstands bereits schwierig, in die Gebiete der Indigenen an der großen Flussschleife zu gelangen. Die Indigenen klagen

darüber, dass das Wasser nun weiter weg und schwieriger zu erreichen sei.

Obwohl der Staudamm selbst nicht abgewendet werden konnte, lassen sich die Widerstandskämpfer*innen nicht unterkriegen. Juristischer Beistand bei der Dokumentation des Unrechts wurde geleistet, Entschädigungen erstritten, Erfahrungen an Umweltaktivist*innen an anderen Flüssen des Amazonasgebiets weitergegeben, an denen die Planungsvorhaben für Staudambauten angelaufen sind. Unerschrocken und unerbittlich, selbst wenn die eigene Umsiedlung sich nicht abwenden lässt. Betty und ich waren beeindruckt von der ungebrochenen Haltung der Frauen des Bündnisses. Das Unrecht beim Namen zu nennen, das ihnen und der Region wiederfahren ist. Die brasilianische Regierung, deutsche und europäische Konzerne wie Voith Hydro und Siemens – sie alle stehen am Pranger der Geschichte. Zeugnis davon gibt eine Erdscholle, die Betty von dem Gelände genommen hat, auf dem kurz vorher noch Antônia Melo Haus mit großen Mango- und Buritibäumen im Garten gestanden hatte. Scherben des zerschlagenen Gemäuers sind zu sehen, ein forensisches Zeitdokument der Zerstörung, aber auch des ungebrochenen Widerstands dagegen. 2017 wurde diese Erdscholle im Rahmen der Ausstellung „Naturliebe - erneuerbare Haltungen“ im Kunstverein Walkmühle, Wiesbaden gezeigt. Im Oktober 2017 wurde Antônia Melo mit dem Menschenrechtspreis² der Alexander Soros Foundation ausgezeichnet. ■

* Uta Grunert arbeitet seit 2008 in der Geschäftsstelle von KoBra e.V.

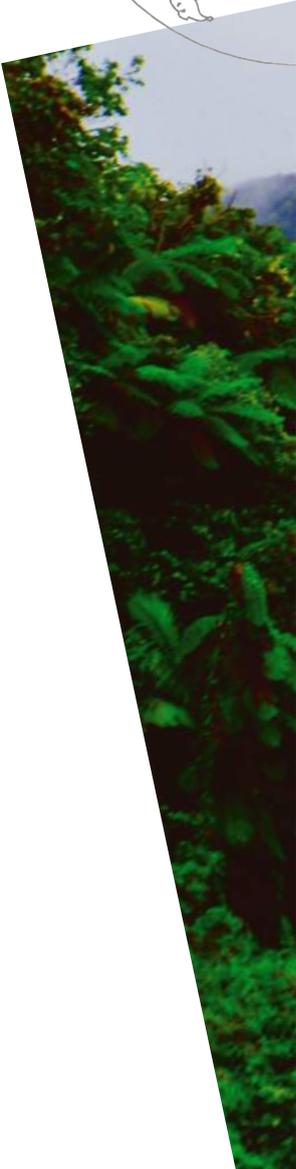
* Betty Beier: Ausverkauft | Erdschollen – Spurensicherung einer Zerstörung im Amazonasgebiets
20.4. bis 6.7.2018 in der Katholischen Akademie, Freiburg

1 https://rosaluxspba.org/wp-content/uploads/2017/10/ponto_debate_16_web2.pdf
2 <https://www.kooperation-brasilien.org/l/00173>



Frühjahrstagung 2018 Wahlen Wut Widerstand

... und neue Macht des Agrobusiness
vom 13.04. bis 15.04. im Allerweltshaus, Köln



In Brasilien hat das Agrobusiness in den letzten Jahren weiter an ökonomischer und politischer Macht gewonnen. Allein im letzten Jahr stiegen die Agrarexporte des Landes um 13% gegenüber dem Vorjahr. Im brasilianischen Nationalkongress hält die einflussreiche Agrarfraktion die Fäden in der Hand, wenn es etwa um die Aufweichung der Umweltgesetzgebung oder die Abschwächung der Kontrolle von sklavereiähnlichen Arbeitsverhältnissen geht. „Agro ist Pop, Agro ist Tech, Agro ist alles“ inszeniert der TV-Gigant Rede Globo in einer Werbekampagne den exportträchtigen Sektor als hoch-technisiertes Erfolgsmodell und hippe Entwicklungsperspektive. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung sowie steigendem Fleischkonsum wolle das brasilianische Agrobusiness einen Beitrag zur Welternährung leisten.

Die Schattenseiten des (angeblichen) Erfolgsmodells werden bewusst ausgeblendet. Die Ausweitung von Agrarflächen für Soja oder Zuckerrohr unter massivem Einsatz von Pestiziden und Gensaat geht zu Lasten der lokalen Bevölkerung und artenreicher Ökosysteme; Landkonzentration und sozial-ökologische Konflikte verschärfen sich. Was sind aktuelle Tendenzen im brasilianischen Agrobusiness? Welche Auswirkungen hat dies auf Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerungen in betroffenen Gebieten. Wie setzen sich Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, traditionelle und indigene Völker zur Wehr? Welche Rolle spielen staatliche Akteure bei Landkonflikten? Wie sind die Zusammenhänge zwischen großen Medien und dem Agrobusiness? Welche Rolle spielen Handelsbeziehungen mit der EU und hiesiges Konsumverhalten bei der Problematik? Zu diesen und anderen Fragen möchten wir auf der Tagung mit unseren Gästen ins Gespräch kommen.

2018 ist auch Wahljahr in Brasilien. Das Land ist nach schwerer Wirtschaftskrise, politischem Machtwechsel und Korruptions-skandalen gesellschaftlich tief gespalten. Dem aussichtsreichsten Kandidaten, Ex-Präsident Lula da Silva, droht nach Verurteilung wegen Korruption eine Haftstrafe. Von den weiteren Kandidat*innen hat der rechtsextreme evangelikale Jair Messias Bolsonaro realistische Chancen, ins Präsidentenamt gewählt zu werden. Soziale Bewegungen und Basisgruppen sehen Menschenrechte und Demokratie akut in Gefahr. Wie ist die Einschätzung zur Lage im Wahljahr?

Außerdem werden wir vom vierzehnten Weltsozialforum (13.-17. März 2018 in Salvador da Bahia) Bericht erstatten. In diesem Zusammenhang wollen wir über kreative Kräfte, transformatorische Ideen sowie zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Sozialabbau und den Ausverkauf von Ressourcen, Land und Rechten debattieren.



KoBra-Postkarte Nr. 3



Sprit und Plastik aus Zuckerrohr?